

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

40. Woche für die Zeit vom 29. September bis 5. Oktober 1894.

Posen, 8. Oktober 1894.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 220 des Kuryer Poznański
vom 27. September 1894:

In Kosten ist am 23. d. Mts. in Anwesenheit des Dompönitentiaris Stychel aus Posen und des Pfarrers Dr. Surzynski-Kosten ein katholischer Arbeiterverein nach dem Muster des Posener Vereins gegründet worden. Demselben traten sogleich ungefähr 60 Mitglieder bei. Der Verein steht unter dem Patronat des Herrn Ortspfarrers Dr. Surzynski; Vorsitzender ist ein gewisser Lenert.

Aus Nr. 219 des Oredownik
vom 26. September 1894:

Der Goniec Wielkopolski hatte aus Anlaß der Thorner Kaiserrede die Aeußerung fallen lassen, der Monarch habe erklärt, „die Polen müßten sich germanisiren, wenn sie auf seine königliche Gunst rechneten.“ Der Oredownik behauptet, daß sich der Goniec irre; nicht einmal annähernd habe der Kaiser etwas Derartiges gesagt, im Gegentheil, er habe die Polen von den Deutschen unterschieden und Ersteren versprochen, sie gleich den Letzteren behandeln zu wollen, jedoch nur unter gewissen Bedingungen. Es sei gefährlich, wenn der Goniec, um die Wichtigkeit der Politik der Hofpartei zu charakterisiren, solche irrige Behauptungen aufstelle. Dann fährt der Oredownik wie folgt fort:

„Möge uns Gott vor dem Augenblick verschonen, wo wir sagen müßten, „der Deutsche Kaiser will uns Polen germanisiren.“ Wir haben sowohl gegenüber dem Monarchen, als auch gegenüber der preussischen Regierung Verpflichtungen, doch die Regierung und der Monarch sind zwei verschiedene Faktoren.

Kaiser Wilhelm kann bei seiner Jugend, Seelengröße und Begeisterung eben danach streben, allen seinen Unterthanen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wie er es selbst wiederholt erklärt hat. Ohne eigenes Dazuthun und ohne Mühe wurde er der Erbe einer mächtigen Krone und eines großen Staates und zugleich Herr einer großen Macht. Gerade der Ehrgeiz, etwas für seine Unterthanen zu thun, kann ihn nach der Richtung leiten, daß er denselben Gerechtigkeit zutheil werden läßt, und dabei ist er so mächtig, daß er sich davor nicht zu scheuen braucht, die Polen unter seinem Scepter verbleiben zu lassen, wozu sie Gott erschuf, nämlich Polen, vorausgesetzt, daß sie bedingungslos seine Unterthanen sind.

Wir erinnern daran, wie schmerzlich wir es unter dem grausamen Regiment Bismarcks bedauert

haben, daß der ehrwürdige Großvater des heutigen Herrschers, Wilhelm I., den Berichten seiner Diener über uns Gehör schenkte und Alles zugab, was die Regierung und die Parlamente über uns beschloffen. Wir fühlten damals instinktiv, daß der Monarch und die Regierung von einander verschieden seien.

Wir erinnern daran, wie der hochherzige Vater des heut herrschenden Monarchen, Friedrich III., als Sterbender auf der Reise von Leipzig nach Berlin seinen Ausruf erließ. Wie athmeten wir alle auf, obgleich er uns Polen speziell nichts versprach, und Bismarcks eiserne Faust noch das Staatsruder führte. Auch in diesem Falle fühlten wir instinktiv, daß Regierung und Herrscher zwei verschiedene Dinge seien. Des jetzigen Herrschers, Wilhelm II. Geschichte ist mit Bezug auf die Polen ein bisher noch unbeschriebenes Blatt. Er hat uns noch keine Abneigung gezeigt, und dennoch sagen wir alle, daß der Germanisierungs-Apparat unter ihm besteht, wie er vor ihm bestand, aber freier aufathmen können wir. Wieder fühlen wir, daß Regierung und Herrscher nicht Bezüge sind, die sich decken.

Der Verstand lehrt uns, daß wir unsererseits Alles thun müssen, damit wenigstens der heutige Zustand derselbe bleibe und besonders, daß wir den Monarchen persönlich durch nichts verletzen dürfen. Hundertmal besser ist es, wenn er unter dem Einfluß seines Temperaments sich strafend an uns wendet, denn dann ist die Möglichkeit vorhanden, daß er sich anders befinnt, als daß wir uns sagen müßten: „Wir selbst haben den Monarchen gereizt und sind durch eigene Schuld seiner Gunst verlustig gegangen!“

Gott hat uns sonst viel sachlichen, aber wenig politischen Verstand gegeben. Man denke an die Zeiten, die wir unter dem Zaren Alexander II. in Warschau durchlebten. Dieser Monarch gab uns Wielopolski und mit demselben die gesammte Verwaltung in die Hand; er sandte seinen Bruder Konstantin als Statthalter nach Warschau, und wir hegten in unserem Unverstand so lange auf Konstantin, Wielopolski und die Regierung, bis wir Alles im eigenen Blute ertränkten. Der Verstand kam — zu spät!

Kaiser Wilhelm II. besitzt eine große Macht; er weiß das und liebt es, davon zu sprechen. Spielen wir nicht mit dem Feuer, sogar mit Worten nicht, und sagen wir nicht, daß er uns germanisiren will. Denken wir hingegen daran, daß, wenn dieser Monarch in der That sich für — die Germanisirung begeisterte, daß dann Gottes Strafgericht schrecklich über uns hereinbräche.

Die Führer der Volkspartei mögen diese Gelegenheit wohl in Erwägung ziehen, denn es läßt sich so an, daß nicht die Hof-, sondern die Volkspartei diese Sache regeln wird. Unsere Hofpartei richtet ihre Augen immer mehr nach Lemberg, nach Wien

hin. Die ganze Verantwortung für unser politisches Verhalten wird auf die Volkspartei fallen.

Seien wir also vorsichtig, wachsam, vernünftig und klug!

Aus Nr. 221 des Kuryer Poznański
vom 28. September 1894:

In einem „Was wird damit bezweckt“ betitelten Artikel dankt der Kuryer in der Einleitung der Schlesischen Volkszeitung für das Verdammungsurtheil, welches dieselbe über die „Polenheze“ gefällt hatte. Nur in einer Beziehung gestattet sich der Kuryer anderer Meinung zu sein: es bestehe nämlich kein Zweifel über die Beweggründe dieser Polenheze. Hierüber läßt sich das ultramontane polnische Blatt wie folgt vernehmen:

„Ein altes Sprichwort sagt: „Is fecit, cui prodest“, und dies Sprichwort kann man auch auf die heutige Polenheze anwenden. Unter den Deutschen des Großherzogthums und besonders in gewissen bürokratischen Kreisen hat man Diejenigen zu suchen, welche die wüthende Heze gegen uns anregen, ins Werk setzen und schüren. Während der langen Jahre des Kulturkampfes, dessen Schärfe nach dem eigenen Geständniß des eiserne Kanzlers hauptsächlich gegen das polnische Element gerichtet war, lernte man in gewissen preussischen bürokratischen Kreisen die polnische Bevölkerung unter preussischer Herrschaft für Heloten oder Fellas und sich als die türkischen Paschas ansehen, denen es freistehe, die genannte Bevölkerung nach eigenem Gutdünken zu behandeln und das Mütchen an ihnen zu kühlen, wie es der Kanzler Leist an den Schwarzen Kameruns gethan hat. Es waren das glückliche Zeiten für gewisse Streber, wo es genügte, durch hoffährtiges Auftreten die Beschwerden der polnischen Bevölkerung gegen sich wachzurufen, um des Avancements gewiß zu sein, wo es möglich war, verschiedene Verschuldungen im Dienst durch eifriges Bedrücken der Polen zu verdecken. Und auch die Mehrzahl unserer Posener Deutschen hatte keinen Grund, mit diesem Stande der Sache unzufrieden zu sein: brachte doch das rücksichtslose Verdrängen der Polen aus allen Aemtern, die Schaffung antipolnischer Fonds lediglich einer und zwar der wesentlich kleineren Hälfte der Bevölkerung Vortheil, während im entgegengesetzten Falle die verschiedenen einträglichen Stellen und Einkünfte mit polnischen Kandidaten hätten getheilt werden müssen. Ein Kennemann ist nur darum ein Anhänger der Ausrottungspolitik, veranstaltet nur darum Huldigungsfahrten zum einstigen Kanzler und gründet nur deshalb Vereine zum Schutze der deutschen Interessen in den östlichen Landestheilen, weil er dieser Politik die Zuwendung niedrig zu verzinsender, staatlicher Darlehen verdankt, welche die Quelle seines Vermögens wurden. Wie ist hier von dem Posener Durchschnittsdeutschen zu verlangen, daß er dem Prinzip des gleichen Rechts für Alle zu seinem Herzen Zutritt gestatte, wenn er es dem grade entgegengesetzten Prinzip verdankt, daß er seine Söhne fast ohne Aufwendungen seinerseits erziehen kann, daß er dieselben sodann in entsprechenden Aemtern untergebracht sieht, daß er sich endlich wegen der Verheirathung seiner Töchter nicht all zu großen Kummer zu machen braucht, da es angesichts des Ueberflusses an Beamten jeder Kategorie nicht an Heirathskandidaten mangelt. Ji fecerunt, quibus prodest! Hier sind die Veranstalter der Polenheze zu suchen, —

und die deutsche, im jüdischen Solde stehende Presse hat diesen Kampf erleichtert.

Diese unfreundliche Gesinnung der Bureaukratie und weiter, deutscher Bevölkerungskreise im Großherzogthum gegenüber der polnischen Bevölkerung hat also hieselbst schon seit Längem Wurzel gefaßt, und es fehlte nur an dem entsprechenden Winde, um den glimmenden Zunder zu allgemeinem Brande anzufachen.

Als der Hochwürdigste Erzbischof seinen Huldigungsbesuch abstattete, sprach der Kaiser die denkwürdigen Worte zu ihm: „Ich hege die unverbrüchliche Hoffnung, daß es Ew. Eminenz gelingen werde, soweit es Ihr Amt mit sich bringt, die Gegensätze zu mildern, welche bei den Söhnen eines und desselben Landes keine Berechtigung haben“. Diese edlen Worte des Kaisers fanden in den Herzen der Polen Wiederhall, und der weitaus überwiegende Theil der Volksgesamtheit bemühte sich nach dem Beispiele des geistlichen Führers diese Gegensätze zu mildern, nicht zu verschärfen. Man faßte auch diese Aufforderung richtig auf, und unsere Vertreter in Berlin gaben ebenfalls wiederholt Beweise dafür, daß sie nicht darnach strebten, die Autorität des Staates zu untergraben, und die Macht desselben zu schwächen, ungeachtet dessen, daß die deutschen Stammesgenossen immer mehr bestrebt waren, die nationalen Gegensätze zu verschärfen und unsere Abgeordneten von ihrem Wege abzubringen.

Wie seiner Zeit die Einbringung der konservativen Schulvorlage des Grafen Jellitz alle liberalen und jüdisch-freisinnigen Schaa ren in Bewegung setzte, wie dieselben künstlich einen so lauten Entrüstungssturm anzufachen wußten, daß der Kaiser dem Druck dieser Manifestationen nachgab und den Grafen Jellitz opferte, so erfüllten die gelindere, von höchster Stelle den Polen gegenüber in Anwendung gebrachte Sprechweise, und gewisse, seitens der höchsten Berliner Regierungskreise uns Polen bezeugte Kundgebungen des Wohlwollens, worin keine prinzipiellen Zugeständnisse lagen, aber wenigstens die Form der Behandlung eine bessere war, als zu Bismarcks Zeiten, die Herzen unserer bisherigen, provinziellen Bedrückten mit panischem Schrecken, und man begann eine Heze gegen uns in Scene zu setzen, welche man etwa mit dem gedachten, gegen das Schulgesetz hervorgerufenen Entrüstungssturm vergleichen kann, deren Zweck kein anderer ist, als durch falsche Darstellung des Sachverhalts des Monarchen Herz von uns abzuwenden.

Denn nicht um die Sicherheit des Staates geht es diesen deutschen Chauvinisten, die uns überall anschwärzen und jeden unserer Schritte in einem falschen Lichte darzustellen suchen. Sie wissen sehr wohl, daß die Polen seit Längem jeden Gedanken an einen bewaffneten Protest gegen ihre Obergewalt aufgegeben haben, wissen, daß dieselben Polen, indem sie ihre Zukunft voll Vertrauen Gott anheim stellten, ihren ganzen Vorrath an Kraft der Arbeit an ihrer geistigen Wiedergeburt, der Schaffung einer materiellen Existenz zugewandt haben, um trotz ihrer Zugehörigkeit zu einem stammesfremden Organismus ihre konfessionelle und nationale Sonderstellung zu bewahren. Alles das wissen diese Herren, und überdies, daß das polnische Element, dem die Hinneigung zu den umstürzlerischen Doktrinen neuerer Strömungen fremd ist, für den deutschen Staat ein sehr hilfreicher Bundesgenosse und Faktor bei der Bekämpfung der Umsturzparteien sein könnte, wozu der gegenwärtig herrschende Monarch alle konservativen Elemente des Staates schon so oft mit solcher Begeisterung aufgerufen hat, — aber dessenungeachtet, oder, besser gesagt, gerade deshalb beschloß man, es nicht dahin kommen zu lassen, daß zwischen uns und der Monarchie sich ein gewisses, zutrauliches Verhältnis herausgestalte, daß dieser mächtige Bruchtheil

der Bevölkerung im Osten sich trotz seiner fremden Herkunft zu einem die monarchische und dynastische Idee fördernden Faktor herausbilde. Mögen die Polen lieber zum Schaden der Monarchie auch fernerhin die angeblichen Feinde des Staates verbleiben, möge man sie, falls sie es nicht von selbst wollen, mit Gewalt in die Reihen der Opposition treiben — denn das verlangt das Interesse — ja, das Interesse — nicht des Staates, sondern einer gewissen, bürokratischen Phalanx und ihr verwandter deutscher Kreise im Großherzogthum; denn Polen von der Art, wie sie sich seit einer gewissen Zeit gezeigt haben, wären das Grab der Größe dieser Phalanx, sie würden die Grundbedingungen der Existenz derselben untergraben.

Darum hat man unter sich die Rollen vertheilt, und es giebt keine Zeitung, mittelst deren man nicht Giftpfeile gegen alles verschösse, was polnisch ist. Ueberall schmuggelt man Zuschriften ein, welche die Polen der Heuchelei und des Mangels an Aufrichtigkeit bezichtigen, welche jeden unserer Schritte und jedes unserer Worte tendenziös auslegen und in einem falschen Lichte darstellen, welche jede ungehörige Aeußerung unserer Presse ausbeuten, welche die erste beste, gegen die Juden gerichtete Straßenheße zu einer antideutschen Kundgebung aufbauen. Um das Ziel zu erreichen, ist man bezüglich der Mittel nicht wählerisch; keines derselben ist niedrig genug, wenn es nur Erfolg verspricht.

Man weiß, daß die Initiative zu einer milderen Behandlung der Polen vom Kaiser selbst ausgegangen ist und mit geringen Ausnahmen in den höchsten Regierungskreisen Berlins Anerkennung gefunden hat; da es jedoch gefährlich wäre, gegen so hohe Würdenträger und besonders gegen den Kaiser selbst aufzutreten, und jene Ritter von der Feder sehr um ihre Haut besorgt sind, hat man sich ein weniger gefährliches Ziel ausersehen, und seine vergifteten Waffen gegen die höchsten Civil- und Militärbeamten gewandt, indem man denselben allzugroße Empfänglichkeit dem Einflusse des Erzbischofs gegenüber vorwarf. Dadurch sucht man vor Allem die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen unserem Kirchenfürsten und den höchsten Staatsbehörden zu schädigen. Mit Recht spottet die Germania über diese vorgebliche Gefahr und fügt hinzu, daß man, wenn der Erzbischof nicht Beziehungen zu den Behörden unterhalte, wiederum Veranlassung nehmen würde, über den Fanatismus des Erzbischofs zu lamentiren, der ohne Rücksicht auf seine amtliche Stellung die persönlichen Beziehungen zu den Behörden abbreche. Jene Pseudo-Patrioten, die ewig gegen uns heßen, setzen sich durch ihr Verhalten selbst zu dem Wunsche ihres Meisters und Führers Bismarck, in Widerspruch, der doch in seiner letzten, in Varzin an die Posener Deutschen gerichteten Ansprache als einen Wunsch für die Zukunft die Möglichkeit friedlichen und einträchtigen Zusammenlebens beider Nationen auf großpolnischem Boden (natürlich unter Ausschluß des polnischen Adels und der Geistlichkeit) bezeichnet hat.

Um die Kleinmüthigen unter sich zu stärken, beschlossen die Hauptführer, Initiatoren und Schüler der antipolnischen Heße, durch einen Massenpilgerzug zu dem verabschiedeten Donnerer in Varzin die Aktion zu beleben, — und obgleich sie daselbst keine geringe Enttäuschung erfuhren, obgleich der alternde Quälgeist der Polen uralte Gemeinplätze vorbrachte, die dem geistigen Zustande des einstigen Erbauers des Deutschen Reiches kein besonders günstiges Zeugniß ausstellten, sondern im Gegentheil bewiesen, daß der alte Erzkanzler die letzten 15 Jahre verschlafen hat und notorisch unsere Verhältnisse nicht kennt, — ungeachtet alles dessen muß dieser Ausflug für einen schändlichen Versuch, den Rest der Popularität Bismarcks gegen die friedliche polnische Bevölkerung des Großherzogthums auszunützen, angesehen werden. Der

Ausflug wird in den Augen eines wahren, deutschen Patrioten für eine um so widerlichere That gelten, als die Herren Kennemann, von Tiedemann und von Hansemann sich nicht gescheut haben, durch denselben in offene Opposition gegen die Regierung und den Kaiser selbst einzutreten, der wiederholt und deutlich genug seine Stellung gegenüber dem hochmüthigen Verschwörer aus Varzin kundgegeben hat.

Wir brauchen uns nicht des Weiteren über die Ausnützung der letzten Besuche der Lemberger Ausstellung durch großpolnische Gäste sowie der bei dieser Gelegenheit ausgebrachten Trinksprüche auszulassen. Man muß aller edlen Gefühle bar sein, um auf diese Weise sich zu bestreben, die edlen Bemühungen einer unglücklichen Volksgefamtheit, welche auf die innere Wiedergeburt derselben abzielen, zu nichts zu machen.

Hoffen wir jedoch, daß diese ganze höllische Bosheit unserer Feinde an unserer würdevollen Ruhe, an unserer Unbeugsamkeit und Standhaftigkeit zuschanden werden wird. Ersichtlich haben wir den rechten Weg gewählt, da unser größter Feind alles Mögliche versucht, um uns davon abzubringen. Von verschiedenen Seiten hat man uns verdächtigt, als wollten wir uns in der großen Politik versuchen, wo schließlich unser Fuß straucheln könne. Nein, — wir lassen uns in keine politischen Intriguen ein, — wir haben uns nach reiflicher Erwägung gesagt: „So, und nicht anders müssen wir verfahren!“ und dieser Ueberzeugung werden wir treu bleiben.

Mit Bezug auf die Rede Sr. Majestät in Thorn erklären wir laut, daß wir uns ausdrücklich und offen als preussische Unterthanen betrachten, daß wir bereit sind, allen daraus entspringenden Konsequenzen Genüge zu thun und daß wir verstehen werden, unverbrüchlich zum Schutze der Ordnung gegen den Umsturz einzutreten. Aber andererseits werden wir das nie verleugnen, was wir von unseren Vätern ererbt haben und was wir unseren Nachkommen zu überweisen heilig verpflichtet sind: den Glauben und die Muttersprache.

So oft wir auf diesem Gebiete angegriffen werden, wird man uns stets bereit finden, den Angriff abzuwehren. Trotz des Lärmens unserer Feinde, trotz der übelaussehenden politischen Konstellation von heute schauen wir mit Vertrauen in die Zukunft, denn Der ist mit uns, dessen Schutz der erfolgreichste ist und der seine Gläubigen geistig aufrechterhalten wird.

Was die Lügen anbetrifft, mittelst deren unsere Feinde den Horizont zu verdüstern sich anschicken, so sind wir überzeugt, daß das Auge des Kaisers den finsternen Schleier durchdringen wird, denn die Wahrheit siegt. Wir werden daran nicht verzweifeln, auch wenn Gott uns einen schweren Weg führen sollte.

Möglich, daß die Prüfungen, die wir zu bestehen haben, von der Vorsehung gesandt sind, damit wir Alle ohne Unterschied den Bruderzwist vergessen, damit wir uns Alle die Hände reichen und damit wir Alle würdig und einträchtig zum Schutze der Sache eintreten, die doch uns Allen gleich heilig und theuer ist.

Das wäre die erste und positive Frucht dieses gegen uns gerichteten Kampfes!

Aus Nr. 221 des Goniec Wielkopolski
vom 28. September 1894:

Die Thorner Kaiserrede.

Der Goniec kommt noch einmal auf die Thorner Rede des Kaisers zu sprechen und bemerkt, daß Niemand eine solche Aufregung der Gemüther erwartet

hätte, der da wisse, daß man in der Diplomatie und in der Politik geheime Wege verfolgt; daß man öffentlich nichts spricht, was dem Diplomaten seine Wege kreuzen und ihn von seinem Ziele abbringen könnte.

„Wenn wir — schreibt das Blatt wörtlich — von diesem Gesichtspunkte aus uns die letzten Ereignisse in Lemberg und Thorn betrachten, so werden wir vor Allem zugeben müssen, daß Herr v. Koscielski unlogisch und für seine Partei höchst ungünstig handelte, er stellte dieselbe bloß und gab Kaiser Wilhelm Veranlassung zu den herben Worten, welche für die patriotischen Polen die Bedeutung haben, daß wir auf die Erlangung der uns durch die Wiener Verträge zugesicherten Rechte gar keine Hoffnung haben. Die ganze deutsche Presse von den angesehensten Organen an bis zu den kleinsten Winkelblättern, triumphirt über die Rede des Kaisers, die Freunde Bismarcks freuen sich darüber, daß der Kaiser gewissermaßen die Worte des ehemaligen Reichskanzlers bestätigt und sein placet zu den umfangreicheren Verdeutschungsbestrebungen gegeben habe.

Die polnischen Blätter haben die Rede des Kaisers mit getheilten Gefühlen aufgenommen. Die Gazeta Torunska, ihrer Prachtausgabe, in welcher sie den Kaiser begrüßte, sich schämend, spielt mit Sophismen und stützt sich dabei auf den loyalen Kurier Poznański und — was wiederum höchst interessant ist — auf den Drendownik.

Wir ließen uns nicht täuschen und deshalb warten wir ruhig die Folgen der Kaiserrede ab; dieselben werden wohl nicht schrecklicher sein, als dasjenige, was wir in den letzten 25 Jahren von der Regierung erfahren haben. Die Herren Deutschen werden ihre Kräfte sammeln, um uns noch mehr zu schaden und wir werden daselbe thun — dieser vermehrte Antagonismus wird uns sicherlich zum Nachtheil nicht gereichen!

Wie gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten, entstanden auch diesmal die verschiedenartigsten Märchen. Dieselben betrafen die Person unseres ehrwürdigsten Erzbischofs, ferner diejenige des kommandirenden Generals v. Seeckt, hiesiger deutscher Beamten und Anderer. Die deutschen Blätter füllen damit ganze Spalten und hegen gegen die Polen. Wir würden der Würde unserer höchsten kirchlichen Behörde zu nahe treten, wollten wir dies deutsche Gewäsch unseren Lesern wiederholen; die Anspielungen der Deutschen dagegen, welche Herrn von Seeckt dafür knieisen, weil er den Polen gegenüber gerecht ist und mit anerkanntem Takt uns gegenüber verfährt — nicht so wie Herr von Wittenburg und Andere — beweisen, daß der deutsche Bismarcksche Chauvinismus unser größter Feind ist. So lange sich dieser nicht legt, so lange giebt es für uns keine Zugeständnisse und keine Gerechtigkeit. Der Kaiser kann trotz seines besten Willens uns gründliche Erleichterungen und volle Gerechtigkeit überhaupt nicht zu Theil werden lassen.

Aus demselben Blatte:

Von der Neze.

Mit Aufmerksamkeit haben wir die Rede Kaiser Wilhelms gelesen, welche derselbe als Erwiderung auf die Ansprache des Thorner Bürgermeisters gehalten hat. Zunächst müssen wir feststellen, daß die „Berichte“ über uns höchst unvortheilhaft ausgefallen sein müssen, was aus den kaiserlichen Worten geschlossen werden muß . . .

Angenehm hat es uns berührt, daß der Kaiser mit uns Schulter an Schulter die Umsturzelemente bekämpfen und besiegen will. Wir wissen jedoch

nicht genau, gegen wen wir eigentlich auf Tod und Leben kämpfen sollen? Wir wissen nur, daß der Hauptkampf, welcher gegenwärtig in allen Ländern geführt wird, der Kampf der Satten gegen die Hungrigen ist. Die Hungrigen sind mit Brod leichter, als mit den Bajonetten zu besiegen. So weit es möglich ist, muß jeder Druck und jede Ungerechtigkeit beseitigt werden.

Viel gefährlichere Leute des Umsturzes sind diejenigen, welche solche Losungsworte, wie: „Macht geht vor Recht“ verkünden und einen erbitterten Kampf gegen uns führen, um uns unsere Sprache und unseren Glauben zu entreißen. Wie ich nämlich höre, sind drei unserer Herznugsten: Kennemann, v. Tiedemann und Hansemann, damit beschäftigt, eine neue Armee gegen uns zu bilden, nämlich den „Verein zur Wahrung der deutschen Interessen in der Provinz Posen“. Was für ein unschuldiger Titel! Wer könnte ihnen übel nehmen, daß sie so eifrig die Pflichten deutscher Bürger erfüllen. Zum Glück jedoch wissen wir recht wohl, daß die Wahrung der deutschen Interessen soviel bedeutet, als die Polen in ihrem Heimathlande von Grund aus zu vernichten.

In der Nezegegend bestehen ähnliche Vereine seit langer Zeit und sie heißen: „Vereine zur Stärkung des Deutschtums.“ Denselben gehören lauter erklärte Polenfreßer an. Ihre Thätigkeit ist jedoch längst erkannt worden und heute ist es für Niemanden ein Geheimniß, daß dieselben unter dem Schein, dem großen Vaterlande zu dienen, hauptsächlich ihr eigenes materielles Wohl im Auge haben. Diese Leute schwächen den Staat, anstatt zu stärken, indem sie absichtlich Uneinigkeit und Haß unter den Mitbürgern säen. Vielleicht soll die neue Firma mehr Anhänger anlocken, denn die alte ist zur leeren Redensart geworden.

So lange solche Elemente tendenziös und systematisch Haß und Unfrieden im Lande verbreiten werden, so lange kann der Wunsch Kaiser Wilhelms Schulter an Schulter zu gehen, nicht verwirklicht werden. Gerade diese Elemente des Umsturzes sind es, mit welchen ein Kampf auf Tod und Leben geführt werden müßte, denn dieselben sind zielbewußt und stören nicht nur die „Ausöhnung“, sondern auch den Waffenstillstand! Personen, welche Zutritt zum Kaiser haben, müßten Sr. Majestät über den wirklichen Zweck dieser Leute und Vereine aufklären.“

Zum Schluß bemerkt das Blatt, daß es den Polen von ihren Gegnern übel genommen werde, daß sie sich als Polen fühlten und an die Unsterblichkeit ihres Vaterlandes glaubten. Der Gedanke an die mögliche Wiederherstellung Polens ließe den alten Bismarck nicht ruhig schlafen u. s. w.

„Diese Unruhe und diese Angst Bismarck's läßt sich dadurch erklären, daß sich Bismarck die Wiederherstellung des Polenreichs ohne den gleichzeitigen Untergang Preußens nicht denken kann. Solche Greise verläßt für gewöhnlich das Gedächtniß, denn er selbst soll, wie er noch am Ruder war, sich das neue Königreich Polen unter der Dynastie der Hohenzollern herauskombinirt haben. Eine solche Kombination hätte mehr Aussicht auf Erfolg, als die Absicht uns durch die Warziner Pilger, die hungrig und enttäuscht zurückgekehrt sind, zu zermalmen.

Es ist Zeit auszuruhen, Alter, und nicht länger Haß zu säen! Bald wirst du vielleicht vor dem Throne des höchsten Richters stehen und wirst Rechenschaft — die nicht leicht sein wird — ablegen müssen.

Aus Nr. 222 des Dziennik Poznański
vom 29. September 1894:

Kommt zur Besinnung.

Der Lärm gegen uns Polen hört nicht nur nicht auf, sondern dauert ungeschwächt fort. In schamloser Wuth schreien die liberalen und nicht liberalen deutschen Blätter: Ausrottet! Unter diesem Lärm beabsichtigen die Veranstalter der Varziner Farce nach dem Rezept des eisernen Kanzlers für die von uns „unterdrückten“ deutschen Mitbürger einen Verein zur Wahrung des Deutschtums in der Provinz Posen zu gründen.

Mögen sie schreien und lärmern, mögen sie Vereine nach Belieben gründen! Wir aber, die wir uns unserer Stellung in Preußen bewußt sind, die wir unsere Pflichten dem Staate gegenüber kennen, wir, denen unsere nationalen Rechte jedoch nicht unbekannt sind und die wir diese stets vertheidigen werden, wollen ruhig sein. Wiederholt zogen dergleichen Stürme über unseren Köpfen hinweg und wir haben weder den Muth, noch die Ruhe, noch das Gleichgewicht eingebüßt, welche Bürgern, die sich ihrer Rechte bewußt sind, gebührten, und wir werden sie auch heute nicht einbüßen. Unsere „Herzinnigsten“ können dessen sicher sein, ihre lärmenden Herausforderungen werden uns von unserem politisch-rechtlichen Standpunkte, den wir einnehmen, nicht herunterbringen. Wer die Pflichten gegen den Staat gewissenhaft erfüllt und seine nationalen Rechte wahr und fordert, braucht sich vor dem bloßen Lärm nicht zu fürchten.

„Zur Beschämung unserer Gegner“ — heißt es dann weiter — „und zur eigenen Beruhigung dürfte es in diesem Augenblick nicht ohne Interesse und vielleicht von Nutzen sein, den Aufruf des Königs Friedrich Wilhelm III., d. d. Wien, den 15. Mai 1815, ins Gedächtniß zurückzurufen. Das Blatt bringt nun einen Abdruck dieses Aufrufs in deutscher und polnischer Sprache und fügt am Schlusse die Bemerkung hinzu: „Die Maulhelden und Chauvinisten möchten diesen Aufruf durchlesen und überlegen, ob ihr Gehärme der jetzigen Zeit und der Nation würdig sei, welcher sie angehörten?“

Aus Nr. 222 des Goniec Wielkopolski
vom 29. September 1894:

Berliner Börsen-Courier.

Eines großen Mißbrauchs machte sich der Redakteur des jüdischen Berliner Börsen-Couriers dadurch schuldig, daß er nach seiner Begegnung mit dem Herrn Erzbischof, wahrscheinlich unaufgefordert, den Inhalt der mit dem höchsten kirchlichen Würdenträger in Polen gehaltenen Unterredung in seinem Blatte veröffentlichte. Es ist geradezu unmöglich, daß der Inhalt der Worte des Herrn Erzbischofs der sein sollte, wie ihn das Berliner jüdische Handels- und Börsenorgan darstellt. Die Veröffentlichung eines solchen Schriftstücks, welches in verschiedenen Punkten den Seelenhirten in Gegensatz zu seinen Gläubigen bringt, kann, in der Gesellschaft die schlimmsten Folgen nach sich ziehen. Wir erwarten daher ein offizielles Dementi. Daselbe ist der bei uns so wie so schon herrschenden Uneinigkeit und Erbitterung gegenüber durchaus nothwendig. Am allerschmerzlichsten dabei ist die Thatfache, daß unsere Vertreter immer häufiger ihre Ansichten in fremden, uns feindlichen Blättern — sei es mit, sei es ohne Absicht, das kommt in dem vorliegenden Falle gar nicht in Betracht, zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Auf diesem Wege kommen wir zu solchen Anomalien, daß jüdische Blätter zuerst die Gedanken und Ansichten von Würdenträgern der katholischen Kirche veröffentlichen und — Unrichtigkeiten verbreitend, gleichzeitig Mißtrauen erregen und Unfrieden säen.

Aus Nr. 222 des Kuryer Poznański
vom 29. September 1894:

Auf unsere bezügliche Anfrage sind wir dahin unterrichtet worden, daß der Herr Erzbischof in der That einem ihm, sowie allen polnischen Abgeordneten seit 18 Jahren bekannten Publizisten Audienz ertheilt hat. Indem das seitens desselben uns seit Langem bewiesene Wohlwollen anerkannt wurde, ist ihm eine Audienz gewährt worden, welche Stoff zu einem Interview lieferte. Wir sind überzeugt, daß dieser Herr nicht die Absicht gehabt hat, die Worte des Herrn Erzbischofs zu verdrehen; doch ist es natürlich, daß von einer längeren Rede nur die Hauptgedanken, der Charakter und der Ton wiedergegeben werden können, und wenn das Gespräch in einem Kreise mehrerer Personen geführt wird, können leicht die Eindrücke durcheinander gerathen, und es mag vorkommen, daß man der einen Person die Worte der anderen in den Mund legt. So ist es natürlicher Weise auch hierbei gekommen; wir erfahren z. B. daß ebenfalls nicht alle Einzelheiten, welche auf Herrn Kennemann Bezug haben, vom Herrn Erzbischof herkommen, der mehrere derselben erst im Laufe des Gesprächs erfahren hat. In Sachen Schlesiens ist nicht die Pointe im Sinne des Erzbischofs erfaßt worden; der Kirchenfürst erachtete die Drohung, Schlesien werde sich der politischen Aktion Großpolens anschließen und Abgeordnete in die Berliner polnische Fraktion wählen, für unglücklich. Das würde nach der Ansicht vieler Geistlicher in Schlesien, die ihrer Muttersprache und Nationalität anhängen, den Schutz und die Entwicklung des nationalen Lebens erschweren. Die denkwürdigen, zum Schutze der nationalen Sprache Schlesiens durch den Erzbischof gehaltenen Reden sind der beste Beweis dafür, wie sehr derselbe Schlesiens liebt. Es leuchtet also ein, daß die Aeußerungen betreffs Schlesiens durch die individuelle deutsche Auffassung des Autors gefärbt sind. Wir können auch erklären, daß der Herr Erzbischof gesagt hat, die Rede Herrn von Roscielski werde angesichts des jetzt entfehlten Sturmes als Mittel dazu dienen, uns anzuschwärzen, wenn der Text derselben, was bezweifelt werden müsse, von den Blättern getreu wiedergegeben worden sei. Die Berichtigung des Herrn von Roscielski müßte allen Schreibern den Mund stopfen.

Aus Nr. 26 des Przegląd Poznański
vom 23. September 1894:

Der dritte Auszug von Großpolen nach Lemberg

ist beendet. Ich (Dr. Rabski, die Red.) gestehe offen, daß von allen bisherigen Auszügen keiner einen so sympathischen Eindruck auf mich gemacht hat, wie dieser. Niemand hat ihn mit marktschreierischer Reklame bis zum Lächerlichen aufgebauscht; Niemand die ernste Stimmung durch einen Mißton der Ausgelassenheit getrübt, — und dabei umstrahlten ihn der Schimmer warmer Vaterlandsliebe, der Enthusiasmus der galizischen Brüder und der Einklang polnischer Seelen, welche sich in tiefer Andacht vor dem Heiligthum nationaler Arbeit und nationaler Denkwürdigkeit in Demuth

neigten. Nur ein Moment möchte ich aus den Annalen des Ausflugs der Großpolen löschen, — das Moment, dessen ich in meinen Feuilletons schon gedacht und das in neuester Zeit mit wunderlicher Aufdringlichkeit sich in jeder Rundgebung des öffentlichen Lebens bemerkbar macht.

Der Ausflug zur Ausstellung ist ein Fest der Liebe. Wir wollen hier nicht einzig den Wettkampf nationalen Schaffens bewundern, sondern wollen alles das vergessen, was in der grauen Prosa des alltäglichen Lebens uns trennt und entweit, wollen eine polnische Familie fein und alle Koscielski, Niegolewski, Volks- und Stanczykpartei daheim lassen.

So lange dröhnte in unsern Ohren die Frage: „Rechts oder links?“ — so dicht sind wir von den giftigen Stacheln der politischen Kämpfe umwachsen und so arg verhärtete der Haß unsere Herzen, daß uns von Zeit zu Zeit ein Bad im reinen Duell der Liebe noth thut, um nicht im Parteileben, zu verknöchern und außerhalb der Lager der Koscielski oder Szymanski uns als Nation zu fühlen.

Das haben die Fanatiker der „neuen Richtungen“ vergessen und die Scheidemünze der Schlagworte von der Versöhnungspolitik auf den Präsentierteller geworfen. Ich begreife es, wenn ein Politiker oder Diplomat gelegentlich einer ihm von einer gewissen solidaren und geistig einigen Koterie bereiteten Ovation das Programm der Partei streift, — das ist dann ein parteipolitisches Mahl, wo ein Koscielski zu andern Koscielskis spricht und die Speisekarte neben dem Nachtisch eine politische Rede bringt; doch kann ich eine solche Taktlosigkeit nicht verstehen, wenn man inmitten einer Schaar von Gästen, welche den verschiedensten Färbungen und Parteischattirungen angehören und die sich lediglich zu dem Zwecke zusammengefunden haben, um sich von Herzen auszusprechen und der sie trennenden Schranken zu vergessen, als Würze eine Handvoll politischer Küchenkräuter dazwischenwirft. Die Einen verschlingen dies Gericht mit wahren Wolfshunger, Andere jedoch bringen die verdorbene Speise nicht hinunter und verbleiben gewissermaßen nur aus Artigkeit am Tische. In der Harmonie giebt sich eine Dissonanz, in der nationalen Musik ein Knirschen des Parteihasses kund und statt des weißen Adlers erscheinen lärmende Papageien politischer Parteiungen auf der Bildfläche.

Wunderlich fürwahr nimmt sich diese Bruderschaft Posener Stanczyks (Hosparteiler) aus! Ja sie fühlen wohl, daß ihr morsches Gebäude schwankt und in Staub zerfallen kann, da sie so nervös, mit dem Stempel des Schreckens auf der Stirn unter Hintenansetzung jeder Rücksicht in der Runde um Unterstützung anklopfen.

Aus Nr. 26 des Przegląd Poznański
vom 23. September 1894:

Um die Kampfmittel zu kennzeichnen, welche das Wahlkomitee der „Hospartei“ für Posen Stadt sowie das Provinzial-Wahlkomitee der „Volkspartei“ gegenüber zur Anwendung bringen und um nachzuweisen, daß das Provinzialkomitee nicht die von ihm zu erwartende Objektivität wahre, bringt der Przegląd folgendes geheime Dokument aus den vorjährigen Wahlkämpfen:

Vertraulich.

Posen, den 18. September 1893.

Wohlgeborener Herr Vorsitzender
des Wahlkomitees für den Kreis A.!

Das Provinzialkomitee macht Sie, Wohlgeborener Herr Präsident, darauf aufmerksam, daß von bekannter

Seite her Anstrengungen gemacht werden, nach deren Sinne Abgeordneten-Kandidaten aufzustellen, Delegirte und Komitees zu wählen und die gesamte politische Organisation ohnmächtig zu machen. Angesichts dessen haben Ew. Wohlgeborenen nebst Genossen die größtmögliche Energie zu entwickeln, um dem zuzukommen und zu verhindern, daß bei den Wahlen der Parteigeist siege.

Wir hegen die feste Hoffnung, daß Ew. Wohlgeborenen Patriotismus und bürgerliches Pflichtgefühl es fertig bringen werden, den secessionistischen und aufrührerischen Gelüsten einen erfolgreichen Damm entgegenzusetzen und alle Bürger, welche Planmäßigkeit und Ordnung lieben, zur Theilnahme an der Arbeit zu berufen.

Das Provinzial-Komitee
für das Großherzogthum Posen.
(Unterschriften.)

Hierzu bemerkt der Przegląd:

„Hieraus ist zweierlei zu schließen. Erstens tritt das Provinzialkomitee parteiisch auf, indem es den Ortskomitees einen energischen Kampf mit den unsympathischen Kandidaten für die Parlamente, die Delegationen und die neuen Komitees anbefiehlt. Zweitens hält das Provinzialkomitee schon politische Opposition für Sezeßion und Aufruhr. Wo bleibt da jene Unparteilichkeit, welche unsere Wahlbehörden als Schutzwehr gegen die Anschuldigungen der Volkspartei vorschoben? Diese Unparteilichkeit ist ein leerer Schall und das Provinzialkomitee das Komitee einer Partei oder Koterie. Bei uns ist also jene oberste Behörde, die mit unbeugsamer Objektivität über den Parteien stehen soll, nicht vorhanden; es existiren nur zwei Komitees, welche einerseits die Partei des Herrn von Koscielski, andererseits die Volkspartei repräsentiren.

Der Oredownik meint in Nr. 218
vom 25. September 1894

mit Bezug auf obiges Schriftstück:

„Die Bemerkungen des Przegląd treffen das Richtige. Für die Volkspartei war es nie Geheimniß, daß diese höchste Wahlinstanz keine Behörde für die Nation, sondern eine solche für eine gewisse Koterie ist. Diese Ueberzeugung haben wir mehrfach ausgesprochen. Heut haben wir, Dank dem Przegląd, ein amtliches Dokument hierfür.“

Möge das Centralkomitee aus diesen Betrachtungen des Przegląd die Schlußfolgerungen ziehen, denen es sich nicht wird entziehen können. Herr Cegielski müßte unserer Ansicht nach, nachdem es bekannt geworden ist, daß sein Name unter obigem Schriftstück steht, aus dem Centralkomitee austreten und dies öffentlich bekannt geben. Heut sind Beweise dafür vorhanden, daß die Wege dieses Herrn und diejenigen der überwiegenden Mehrheit der mittleren Bevölkerungsschichten Posens verschiedene sind. Wer löst in Westpreußen das Räthsel, wie das dortige Centralkomitee in den Wahlkreisen Flatow und Schlochau hat einen Kandidaten aufstellen können, der mit der Ansiedelungs-Kommission in Unterhandlungen stand?

Aus Nr. 225 des Goniec Wielkopolski
vom 3. Oktober 1894:

Betrifft die Gewerbeausstellung.

Aus der Stadt (Posen), den 1. Oktober.

In letzter Zeit wurde über die Gewerbeausstellung noch weniger als früher gesprochen. Seit den Bismarckschen Reden in Barzin und der Thorner Kaiserrede bemächtigte sich eine noch größere Gleichgültigkeit der Gemüther und wohin man sich nur wendet, hört man nichts weiter, als gleichgültige Dinge; Niemand will sich über die Lösung des Ausstellungsproblems den Kopf zerbrechen, höchstens nur diejenigen, welche für den Garantiefonds gezeichnet haben.

Auch ich erfuhr es, daß der Stadtbaurath Grüber nach Berlin gereist ist; ich wunderte mich darüber garnicht, denn es ist doch wohl sehr natürlich, daß man sich in Berlin für uns sehr interessiert. So viel ich weiß, werden die Herren Aussteller die Sache nicht so leicht fallen lassen. Sie glauben, daß, falls der Erklärungstermin für die Aussteller verlängert werde, sich eine ziemlich ansehnliche Anzahl von Industriellen finden werde, welche ihre Kunstwerke der Welt vorführen werden.

Bis jetzt beträgt die Zahl der künftigen Aussteller — soweit meine Erkundigungen reichen — etwa 44; darunter befinden sich kaum zehn Polen.

Mit Rücksicht auf unsere Industrie ist es zu bedauern, daß die Ausstellung wahrscheinlich nicht zu Stande kommen wird. Der Ausstellungsplatz ist gar nicht schlecht gewählt, der Verkehr mit dem Bahnhof bequem und leicht, der Platz selbst geräumig und nicht weit von der Mitte der Stadt entlegen, es ist daher schade, daß Mangel an Taft der Veranstalter und deutscher Chauvinismus der letzten Tage uns die Lust an der Ausstellung benommen haben.

Was weiter werden soll, wissen wir nicht, jedenfalls haben die Komitees jetzt eine harte Nuß zu knacken und es wird ihnen kaum gelingen, die frühzeitige Geburt ins Leben zu rufen.

Aus Nr. 220 des Kuryer Poznański
vom 27. September 1894:

Beitrag zur Geschichte des Schulwesens des Großherzogthums.

Die Volksschule in Groß-Sejory bei Strelno war bis zum 21. April 1874 eine rein konfessionelle, katholische, und noch im Jahre 1873 wurde an derselben als solcher ein Lehrer angestellt. Indessen ist die Anstalt schon seit 20 Jahren eine simultane.

Am 21. April 1874 kam der heut bereits verstorbene, wegen seiner sehr feindseligen Gesinnung dem Katholizismus gegenüber bekannte, damalige Kreisschulinspektor Binkowski nach Groß-Sejory, berief den aus Katholiken und Evangelischen bestehenden Schulvorstand und forderte von demselben die Einwilligung zur Umwandlung der bisherigen katholischen in eine Simultanschule.

Jedermann weiß, daß sich hinter diesem Simultanismus der reine Unglaube verbirgt. Sowohl die Katholiken als auch die Evangelischen wollten auf keinen Fall in die Umwandlung willigen; doch Herr Binkowski drohte in seinem streberhaften Eifer mit der Ungnade der Regierung und der Einbehaltung der Zuschüsse zu den Gehältern der beiden Lehrer und erlangte auf diese Weise schließlich die Einwilligung, sodaß man die katholische Schule in eine simultane umwandelte. Die erste Klasse wurde dem

evangelischen, die zweite mit lauter kleinen Kindern dem katholischen Lehrer anvertraut.

Diese Schule stand stets und steht noch unter der Ortsaufsicht evangelischer Pastoren. Diese verlangten in ihrem Protestantisirungs- und Germanisirungseifer von dem Lehrer, er solle zu Hause mit seiner Familie nur deutsch sprechen, und sie rächten sich für den Ungehorsam durch Denunziationen oder durch häufige, unerwartete Revisionen. Die Schule mußte durchaus ihren rein katholischen Charakter wieder erhalten. Schon das Zahlenverhältniß der Kinder verlangt das. In der ersten Klasse sind nämlich von 68 Kindern 40 katholisch, in der zweiten von 51 aber 34 katholisch und nur 17 evangelisch. Hat diese Mehrheit der katholischen Kinder nicht das Recht auf eine rein katholische Schule?

Eine solche Simultanschule kann nur die ärgsten Früchte bringen. Weder lehrt man in ihr die Grundsätze des Glaubens und der Sittlichkeit, noch prägt man den Kindern Gefühl für Tugend ein. Solche Simultanschulen sind die Brutstätten künftiger Sozialisten und Anarchisten. Nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit müßten doch diejenigen, welche gleich Andern Staatslasten zu tragen haben, auch gleiche Rechte und Privilegien genießen. Die ungeheure Mehrheit katholischer Kinder in Groß-Sejory verlangt eine katholische Schule.

Aus Nr. 225 des Dziennik Poznański
vom 3. Oktober 1894:

Betrifft die Verhaftungen in Berlin.

Zu den Massenverhaftungen der Berliner Feuerwerkschüler bemerkt der Dziennik Poznański Folgendes:

„Die nationalliberalen und Bismarckschen Blätter sprechen für die Einführung von Ausnahmegesetzen und für die Einschränkung der Presse und des Versammlungsrechts, als ob dies die Gefahr beseitigen sollte. Die Ursachen liegen jedoch viel tiefer, dieselben sind in den herrschenden inneren Verhältnissen der Gesellschaft zu suchen, diese sind zu verbessern, die Erziehung der Jugend ist in bessern Bahnen zu leiten und den gerechten Forderungen ist Genüge zu leisten.“

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 76 des Przyjaciół
vom 25. September 1894:

Mit Bezug auf die Thorner Kaiserrede

meint der Przyjaciół:

„Ob dies die Worte des Kaisers waren oder nicht, soviel steht fest, daß der Kaiser die Polen nicht belobt, sondern vielmehr getadelt und sehr scharf ermahnt hat. Der Tadel aus dem Munde eines gekrönten Monarchen hat das Eigene, daß er bald in der ganzen Welt herumkommt und Veranlassung giebt, Diejenigen zu verdammen, welche der Herrscher verurtheilt. Wir Armen haben wenig Freunde, dafür aber sehr viel Feinde; eine solche Rede regt Alle umsomehr gegen uns auf, so daß man gegen uns losstürmt und uns zuzusetzen beginnt, so sehr und wo man es nur irgend vermag.“

Es geht nicht an, die Worte des Monarchen geringzuschätzen oder sie unbeachtet zu lassen; man muß sie in Erwägung ziehen.

Zunächst ist Jedermann neugierig, was wohl die Polen gethan haben mögen, daß Se. Majestät sich so ihnen gegenüber vernehmen ließ? Und weiter, wer sind denn die sich schlecht aufführenden Polen? Manche deutsche Blätter schreiben, der Kaiser habe seine Worte nur auf die Thorner Polen bezogen und er habe später noch dem hiesigen Bürgermeister zu verstehen gegeben, er sei gegen dieselben ungnädig gestimmt.

Wir hier in Thorn zerbrechen uns vergeblich den Kopf darüber, was man wohl Sr. Majestät hat über uns Thorner Polen sagen können, da nichts, gar nichts vorgekommen ist, womit wir etwa unsere Abneigung gegen Preußen, die preussische Regierung oder auch nur unseren Thorner deutschen Mitbürgern gegenüber bekundet hätten. Im Gegentheil, wir leben mit Allen in Frieden, sogar in vertraulichen Verhältnissen, gehorchen den Behörden, bezahlen unsere Abgaben, erfüllen alle unsere Pflichten und halten uns Allen fern, was Preußen, der Regierung und dem Kaiser unangenehm sein könnte.

Andere meinen, Se. Majestät habe nicht nur die Thorner, sondern die Polen überhaupt im Sinne gehabt.

Mit einem Worte, wenn wir wissen sollen, was dem Kaiser an uns nicht gefällt, so ist es nöthig, daß man uns dies deutlich zu verstehen gebe, worum wir auch von dieser Stelle aus allerunterthänigst bitten.

Aus Nr. 222 der Gazeta Toruńska
vom 26. September 1894:

Der Vorschlag des Herrn Dr. Rzepnikowski betreffend den Verein zur unterrichtlichen Beihülfe.

Von Herrn Rechtsanwalt Wyczynski-Strasburg wird uns folgender Artikel eingesandt:

„Was den Vorschlag des Herrn Dr. Rzepnikowski betreffend die Umformung des Vereins zur unterrichtlichen Beihülfe in einen Verein mit beschränkter Haftpflicht anbetrifft, gestatte ich mir folgende beiläufige Bemerkungen:

Ich beabsichtige nicht, mich über die allgemeinen Unterschiede zwischen einem Verein mit beschränkter Haftpflicht und anderen kaufmännischen Vereinen auszulassen, da ich der Meinung bin, daß dies nicht zur Klärung der wichtigsten Frage beitragen würde, der Frage nämlich,

„ob der Verein zur unterrichtlichen Beihülfe überhaupt in irgendwelcher Weise umzuformen wäre.“

1) Das Anlage-Kapital.

Daselbe müßte mindestens 20 000 Mk., jeder Antheil mindestens 500 Mk. betragen. (§ 5 des Gesetzes).

Vor der Gründung ist auf jeden Antheil ein Viertel, jedoch mindestens 250 Mk. einzuzahlen (§ 71). Beträgt also das Anlagekapital nur 20 000 Mk. und kein Antheil mehr als 500 Mk., so müßten 10 000 Mark baar aufgebracht werden.

Wären die Antheile größer, so würde ein geringerer Baarbetrag hinreichen, z. B.

Herr A. nimmt einen Antheil in Höhe von 19 000 Mk.

"	B.	"	"	"	"	"	"	500	"
"	C.	"	"	"	"	"	"	500	"

zusammen 20 000 Mk.

Einzuzahlen hätte

Herr A. ein Viertel oder 4750 Mk.

Herr B. und C. je 250 Mk. = 500 "

zusammen 5250 Mk.

Dann gäbe es also nur drei Mitglieder, diese würden über Alles die Verfügung haben.

Das wäre gefährlich. Ich halte ein Anlagekapital von 20 000 Mk. für zu niedrig, denn dann hätten bei Antheilen von je 500 Mk. 40 Personen Alles in der Hand; kein Anderer wäre berechtigt, etwas zu thun oder mitzusprechen.

Vierzig Personen sind zu wenig, um ihnen Alles auf Gnade und Ungnade zu überlassen.

Heut hat jeder Beitragzahler, und trägt er auch nur einen Pfennig bei, das Recht, mitzusprechen, — später würde das nicht der Fall sein.

2) Woher das Anlagekapital nehmen?

A. Vierzig Personen zusammen zu bekommen, von denen jede sogleich 250 Mk. einzahlte, dürfte bei uns nicht leicht, ja vielleicht unmöglich sein.

B. Herr Dr. Rzepnikowski trug sich früher mit dem Gedanken, die Fonds des heut bestehenden Vereins so zur Vertheilung zu bringen, daß die Personen, denen diese Fonds zugetheilt würden, die erhaltenen Beträge als Antheile einzuzahlen hätten.

Wäre das nicht sehr gefährlich? Heut sind die Fonds Eigenthum der Gesamtheit und speziell aller jedesmaligen Vereinsmitglieder; später wären sie Eigenthum einiger weniger Personen.

3) Herr Dr. Rzepnikowski behauptet, daß die für den Hilfsverein Beiträge zahlenden Personen ihres Einflusses nicht beraubt würden, da man die Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsraths von ihrer Entscheidung abhängig machen könnte. Nun, in dieser Beziehung irrt sich nach meiner unmaßgeblichen Meinung Herr Dr. Rzepnikowski. Es würde nach meiner Meinung den gesetzlichen Vorschriften zuwiderlaufen, wenn man die Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrathes von der Entscheidung außerhalb des Vereins stehender, keine Antheile besitzender Personen abhängig machen wollte.

Im § 46 des Gesetzes ist gesagt, daß über die Form der Vorstandswahl die Statuten entscheiden, — doch kann man, wie dies aus der Natur der Sache hervorgeht, nicht bestimmen, daß diese Wahl der Bestätigung von außerhalb des Vereins stehenden Personen bedürfe.

Schließlich weiß ich nicht, wie sich Herr Dr. Rzepnikowski die Sache in der Praxis vorstellt.

Nehmen wir folgendes Beispiel: Angenommen, daß in den Statuten gesagt wird, die Mitglieder des Vorstandes bedürften der Bestätigung des aus Beitragzahlern bestehenden Vereins zu unterrichtlichen Beihülfe oder dessen Direktion, angenommen ferner, der neue Verein wählte die Herren A., B. und C. in den Vorstand, so müßte nach dem Projekt des

Herrn Dr. Rzepnikowski der Verein zur unterrichtlichen Beihülfe diese Personen bestätigen. Aber dieser Verein hat doch keine Korporationsrechte, kann also keine Erklärung abgeben!!

- 4) Herr Dr. Rzepnikowski sagt weiter, daß „man zwar den freiwilligen oder zwangsweisen Verkauf der Antheile nicht hindern könne, daß aber dieser Verkauf ungefährlich wäre, da man den ohne Zustimmung des Vereins in andere Hände übergehenden Anthteilen das Stimmrecht abprechen könne.“

Nun auch hierin irrt sich Herr Dr. Rzepnikowski meiner Meinung nach. Dem Erwerber eines Anththeiles kann man auf keinen Fall im Zwangswege das Stimmrecht abprechen. (? Red.)

Belegt z. B. irgend ein Gläubiger den Anthheil des Herrn A mit Arrest und läßt er den Anthheil veräußern, so hat der neue Erwerber desselben das Recht in Vereinsangelegenheiten mitzubestimmen. Ich glaube, daß man sich dies wird wohl überlegen müssen.

- 5) Angenommen sogar, daß die auf dem Exekutionswege in den Besitz von Anththeilen gelangten Personen kein Stimmrecht hätten, wie Herr Dr. R. meint, was würde dann geschehen, wenn alle Anththeile mit Arrest belegt oder verkauft würden? In diesem Falle wird Herr Dr. R. zugestehen müssen, daß dann alle diejenigen sich in das Vereinsvermögen theilen würden, welche die Arrestbelegung veranlaßt haben.

- 6) Herr Dr. Rzepnikowski bemerkt, daß man keine Furcht davor zu haben brauche, daß der Verein aufgelöst werde. Ich theile diese optimistische Auffassung nicht. § 62 des Gesetzes sagt: „Wenn eine Gesellschaft das Gemeinwohl dadurch gefährdet, daß die Gesellschafter gesetzwidrige Beschlüsse fassen, oder gesetzwidrige Handlungen der Geschäftsführer wissentlich geschehen lassen, so kann sie aufgelöst werden.“

„Gemeinwohl — Gefährdung — Gesetzwidrigkeit“ sind sehr relative Begriffe; man kann sie nach Gefallen dehnen. Will man Jemanden schlagen, so wird sich stets ein Stock hierzu finden. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß über die Auflösung eines solchen Vereins nicht die gewöhnlichen, sondern die Verwaltungsgerichte entscheiden.

- 7) Nach meiner Meinung ist zunächst die Frage zu entscheiden, ob der Verein zur unterrichtlichen Beihülfe nicht danach streben müßte, das Recht einer juristischen Person zu erlangen. Herr Dr. Rzepnikowski behauptet, daß in diesem Falle ihm reichlicher Legate zufließen würden. Wird vielleicht nicht gerade das Gegentheil eintreten? Die dem Hilfsverein verschriebenen Kapitalien sind, soweit die Erben sie auszahlen, Eigenthum aller Beitragszahler, — die einem Verein mit beschränkter Haftpflicht verschriebenen sind Eigenthum der Anththeilhaber; diese könnten sich später in die Legate theilen.

Nach meiner Ansicht handelt es sich fürs Erste um folgende Fragen:

- A. Heute brauchen die Stipendiaten die Stipendien nicht zurückzuzahlen; zum mindesten kann man sie hierzu nicht zwingen. Sollte in dieser Beziehung eine Aenderung eintreten, so wäre es nöthig, sich darum zu bemühen, daß der Hilfsverein in dieser oder jener Form das Recht einer juristischen Person erhalte,
- B. Wenn heute Jemand dem Hilfsverein ein Legat vermachte, und der Erbe die Auszahlung desselben verweigert, so kann man ihn nicht

zur Auszahlung zwingen. Das wäre nur dann möglich, wenn der Verein das Recht einer juristischen Person besäße.

Zunächst wären diese Fragen zu entscheiden; erst später könnte man in Erwägung ziehen, in welcher Weise der Hilfsverein am praktischsten umzugestalten und ein neuer Verein zu gründen wäre.

Wenn es in Betreff der Legate sowohl, als auch mit Bezug auf die Rückzahlung der Stipendien beim Alten bleiben sollte, — so wäre es meiner Meinung nach am Besten, daß Alles beim Alten bliebe.

Strasburg, den 24. September 1894.

Wyczynski.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 79 der Gazeta Opolska
vom 2. Oktober 1894:

Polnische Propaganda in Oberschlesien.

Die Gazeta Opolska giebt die Unterredung des Herrn Erzbischofs von Stabilewski mit dem Berichterstatter des Berliner Börsen-Couriers wieder, hebt besonders dessen Worte über die polnische Propaganda in Oberschlesien hervor und fügt ihrerseits Folgendes hinzu: „Wenn die Worte des Herrn Erzbischofs wahr sein sollten, so würden sie viel zu denken geben, und mit Recht könnten wir fragen, ob denn das Kind nur aus dem Grunde, weil es vielleicht vor vielen Jahren der Mutter entrisen wurde, diese Mutter vergessen soll, ob vielleicht Schlesiens deshalb, weil es vor fünf oder sechs Jahrhunderten von Polen losgetrennt worden ist, sich der Verdeutschung in die Arme werfen und seine Sprache und Vergangenheit vergessen soll? Von vornherein mußte angenommen werden, daß dergleichen Worte nicht gefallen sind, was auch jetzt vom Dziennik Poznański bestätigt wird. Dieses Blatt behauptet, daß es die Ansichten des Herrn Erzbischofs bezüglich Schlesiens seit langer Zeit genau kenne und wisse, daß derselbe kein Gegner der nationalen und sprachlichen Entwicklung Oberschlesiens sei, daß er jedoch wünsche, daß dieselbe sich vollziehe ohne Schlesiens in die Politik der Provinzen Posen und Westpreußen hineinzuziehen...“

Es muß noch hinzugefügt werden, daß die Worte des Herrn Erzbischofs Dr. v. Stabilewski von beinahe allen, namentlich den schlesischen deutschen Blättern in verkehrter Form wiederholt worden sind. Es wird Euch dies, meine Herren Redakteure deutscher Blätter, nichts nützen. Ihr werdet uns so bald nicht loswerden. Die Propaganda, bezw. die nationale Entwicklung in Schlesiens vollzieht sich in einer vollständig erlaubten und gesetzmäßigen Weise. Etwas Strafbares oder Verbotenes ist darin nicht zu finden. Eure Schreckschüsse gehen uns nichts an, das oberschlesische Volk aber wird nach wie vor unentwegt für seine heiligen Rechte und seine Muttersprache eintreten und wenn Ihr auch hundertmal die Worte der Würdenträger, welche in der Politik ihre Stimmen erheben, verdrehet; das oberschlesische Volk wird kämpfen, damit die anderen polnischen Anththeile sich an Schlesiens auch ferner ein Beispiel der Ausdauer und Zuversicht nehmen und damit Niemand mehr sagen kann — wie dies s. Zt. ein Abgeordneter privatim gethan haben soll — daß Schlesiens für das Polenenthum verloren sei. Zu den obigen Ausführungen der Gazeta Opolska bemerkt der Goniec Wielkopolski in seiner Nr. 226 vom 4. Oktober d. J. Folgendes: „Auf eine solche Abfertigung waren wir vorbereitet. Keine Drohungen, kein Druck seitens

der Regierung oder der germanisirenden Kirche wird den natürlichen Verlauf der Dinge in Schlesien aufhalten. Wer einmal aus dem Scheinschlaf erwacht ist, der kehrt zu dem Zustande der Unkenntniß niemals zurück. Wenn jetzt in Schlesien nur ein kleiner Theil sich seiner geschichtlichen Vergangenheit und nationalen Unsterblichkeit bewußt ist, so wird nach hundert Jahren ganz Schlesien polnisch fühlen und sprechen; — wenn unser Element jetzt kaum von Dirschau bis Kempen reicht, so wird nach einem Jahrhundert die polnische Sprache — nach Gott unser theuerster, jetzt leider unser einziger Schatz — von dem Böhmischem Gebirge bis an die Ostsee erschallen!"

Aus Nr. 40 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 2. Oktober 1894:

Beschwerden der Bergarbeiter.

Ich besuchte das Werk in Königshütte. Es noch früh am Morgen, ich bemerkte jedoch, daß viele Arbeiter, das Frühstück unter dem Arm haltend, aus dem Werk kamen. Auf meine Frage, was das für Leute wären, bekam ich zur Antwort, daß das Buddler (pudlerze) seien, für welche es keine Arbeit gäbe, denn 15 Buddelöfen würden den ganzen Monat hindurch geheizt und die Arbeiter lösten sich ab. Buddler gäbe es aber für 38 Defen. Sie arbeiteten daher wöchentlich zwei Schichten und die übrigen vier Schichten saßen sie zu Hause. In der zweiten Woche dieses Monats hatten einige Arbeiter gar keine Schicht gearbeitet. Ich fiel fast auf den Rücken, als ich diese Neuigkeit hörte. Ich forschte nun weiter, ob die Arbeiter sich schon bei den Herren beschwert hätten, dieselben müßten doch einsehen, daß sie nicht auskommen könnten. „Behüte Gott“, antwortete ein Arbeiter, „von uns würde es Keiner wagen, sich an die Herren zu wenden, denn Jeder fürchtet sich“. Man erzählt sich sogar, daß alle diejenigen Arbeiter, welche über 50 Jahre alt sind, pensionirt werden sollen; auch soll Jemand gesagt haben, daß man die jungen Arbeiter, für welche es keine Arbeit giebt, entlassen wolle, doch ich glaube es nicht. Wenn Andere nicht den Muth haben, so richte ich öffentlich im Namen aller Buddler an den Herrn Direktor die Bitte, sich nach den Arbeitsverhältnissen erkundigen zu wollen, und wenigstens so viel Buddleröfen anfeuern zu lassen, daß die Arbeiter zur Hälfte sich ablösen könnten.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 112 des Wiarus Polski
vom 27. September 1894:

Aufruf.

Landsleute! In Erwägung dessen, daß wir angesichts des Druckes, den die Polen in der Fremde zu tragen haben, unsere Rechte nur dann mit Erfolg werden wahrnehmen können, wenn wir uns gehörig organisiren, haben wir am 12. August d. J. die endgiltige Gründung eines „Verbandes der Polen in Deutschland“ zur Durchführung gebracht, um uns in dessen Schooß über unsere gemeinsamen Angelegenheiten und Bedürfnisse verständigen zu können.

Der Verband bringt den in ihren Angelegenheiten Beeinträchtigten Beistand, sowohl einzelnen Personen, als auch ganzen polnischen Vereinigungen,

und zwar durch Nachweis und im Falle des Bedürfnisses nach Möglichkeit auch durch Bezahlung von Rechtsschutz. Sollten also die Behörden polnischen Vereinen Schwierigkeiten irgend welcher Art bereiten, dann bitten wir, sich an den Vorstand zu wenden, und dieser wird thun, was in seiner Macht liegt.

Ferner befaßt sich der Verband mit der Einberufung von Versammlungen, in welchen über Alles berathen werden kann, was uns noth thut. Wo also die Landsleute die Veranstaltung einer Versammlung wünschen sollten, da möge man sich melden und es wird dem Wunsche Genüge gethan werden.

Der Verband wird sich ferner darum bemühen, polnischen Kindern die Gelegenheit zu bieten, polnisch lesen und schreiben zu lernen, was in unserer Lage von außerordentlicher Wichtigkeit ist. In welcher Form obiges Ziel am besten erreicht werden kann, davon wird in Versammlungen die Rede sein.

Da den Polen in der Fremde hinreichende geistliche Seelsorge durchaus noth thut, wird der Verband die nach dieser Richtung hin seitens der Landsleute gethanen Schritte auf das Entschiedenste unterstützen, ohne dabei natürlich je die Grenzen seiner Befugnisse zu überschreiten. Nicht minder energisch wird der Verband jede andere im Namen des Allgemeinwohls unternommene Arbeit unterstützen.

Parteistreitigkeiten und Ausfälle gegen einzelne Gesellschaftsklassen sind im Verbande bedingungslos unterjagt. Letzterer wünscht alle Polen zu einträglicher Arbeit am Wohle der polnischen Auswanderer zu verbinden. Das National- und Bürgerbewußtsein zu wecken, in den Polen Bürgermuth herauszubilden und sich darum bemühen, daß der junge Nachwuchs sich nicht entnationalisire, das soll die erste Aufgabe des Verbandes sein.

Wem also das eigene Wohl, das der polnischen Kinder und das der Gesamtheit der polnischen Auswanderer am Herzen liegt, der möge nicht nur dem Verbande beitreten, sondern auch im Sinne desselben wirken.

Landsleute! Wir sind vereinsamt, verfügen nicht über Tausende und werden dennoch unüberwindlich sein, wenn wir uns gehörig organisiren, wenn wir auch alle diejenigen unserer Brüder, welche kalten Herzens unseren Bestrebungen zusehen und den Zweck derselben häufig sogar nicht begreifen, aus dem Schlafe wecken und zur Arbeit zum Wohle der polnischen Volks-gesamtheit aufrufen.

Ueberzeugt, daß jeder in der Fremde dem Verdienst nachgehende Pole, mit dem Gedanken auswandert, später nach Polen zurückzukehren, werden wir uns bemühen, daß die kräftigsten Bande die polnischen Auswanderer mit der Heimath verknüpfen. Zu diesem Zwecke werden wir Polen von dorthin in unsere Versammlungen einladen, denn wir hoffen, daß wir dadurch die Bande, welche das Auswandererthum mit der Heimath verknüpfen sollen, zum Nutzen beider Theile noch enger schürzen werden.

Mit Befriedigung bemerken wir, daß wir von einigen Landsleuten aus dem geistlichen Stande bereits das Versprechen erhalten haben, uns im November und Dezember zu besuchen. Die Polen in der Fremde müssen durchaus mit der Heimath eng verbunden bleiben, durchaus von der Heimath moralisch mehr unterstützt werden, wenn wir sie nicht im Meere des Deutschthums spurlos untergehen sehen wollen.

Landsleute! Wir wissen, daß auch Ihr, denen das bessere Loos zu Theil geworden ist, daß Ihr polnische Luft athmen könnt, einen schweren Kampf zu kämpfen habt; wir bedauern mit Euch, daß das polnische Land von

solchen Niederlagen heimgesucht wird. Jeder Euch verfehlte Schlag verwundet auch unser Herz, mit einem Wort, wir sind geistig bei Euch. Wir sind überzeugt, daß Ihr ein Herz für uns habt; trotz dessen richten wir die dringende Bitte an Euch, daß Ihr Euch mehr als bisher der polnischen Auswanderer annehmt, wofür wir Euch dankbar sein werden. Unsere Lage ist nämlich weit unerträglicher als die Eure, denn ringsum von Fremden umgeben, sind wir den verschiedenartigsten Versuchungen ausgesetzt, die Ihr nicht kennt.

Wir wenden uns auch an alle polnischen Blätter, denen unser Loos nicht gleichgiltig ist, daß auch sie unsere Anstrengungen unterstützen, die wir aufwenden, um uns und unseren Kindern das theure Erbe unserer Väter zu bewahren.

Mitglied des Verbandes kann jeder ehrenhafte, volljährige Pole werden, der innerhalb der Grenzen Deutschlands lebt. Man hat sich durch Vermittlung der Vertrauensmänner, deren Namen veröffentlicht werden, zu melden. Der Jahresbeitrag beträgt 50 Pfennig.

Der Verband, der sich die Losung gewählt hat: „In der Arbeit und Bildung beruht unsere Zukunft!“ wird ruhig, aber entschlossen und ausdauernd in diesem Geiste thätig sein und ersucht die Landsleute um Hilfe. Indem wir uns die uns zustehenden Rechte zu Nutze machen, tritt der Verband kühn in den Kampf ein, so oft feindlich gesinnte Kreise unser Recht verkürzen wollen. Denn die Polen haben, da sie ihre Pflichten, die ihnen die Verfassung auferlegt, gewissenhaft erfüllen, auch das Recht, die durch die Verfassung gewährleisteten Freiheiten sich zu Nutze zu machen.

Der Verband der Polen in Deutschland.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 262 des Dziennik Polski
vom 21. September 1894:

Die französische Presse über die Lemberger Ausstellung.

Monate sind seit der Eröffnung unserer Ausstellung vergangen, und die französische Presse schweigt entweder oder sie bringt Neußerungen von lakonischer Kürze. Sogar die Anwesenheit des Kaisers Franz Josef in Lemberg hat nichts an dem, wie man annehmen muß, amtlichen mot d'ordre, daß die Ausstellung für Frankreich nicht existire, geändert. Man braucht kein großer Politiker zu sein, noch sich allzusehr abzumühen, um die Gründe für diese eigenartige Erscheinung, für dies Verhalten der französischen Tagespresse aufzufinden. Die Krallen der Freunde von der Neva sehen hier zu deutlich aus dem zierlichen, dreifarbigem Pariser Kleidchen hervor, jenem einstigen Symbol wahrer Freiheit, jener Vertreterin der schönsten und erhabensten nationalen Schlagworte. Leider haben sich die Zeiten geändert, und das von den deutschen Bajonetten niedergeworfene Frankreich sucht heute da Schutz und Unterstützung, wo es wohl alles Andere, aber nicht dasjenige, was es einst voll Stolz auf seine Fahne schrieb, finden dürfte.

Diese Politik — so scheint es den Franzosen — soll vernünftig sein und sie gestattet es nicht, auch nur mit einem Worte einer Thatfache Erwähnung zu thun, welche von der ganzen Welt konstatirt wird. Wir zweifeln auch durchaus nicht, daß die französischen

Blätter von unserer Ausstellung niemals sprechen würden, wenn Bismarck nicht wäre.

Die zur Begrüßung seiner Posener Besucher gehaltene Rede des eisernen Kanzlers und die Kommentare gewisser deutscher Blätter bezüglich des die Polen betreffenden Passus, und zwar die Worte, daß der polnische Adel stets der Vertreter des Aufruhrs und gewaltsamer Thaten sei, bewogen einzelne französische Blätter, in dieser Angelegenheit das Wort zu nehmen. Zwar kommt dasselbe schwach und furchtsam hervor, doch haben wir es zu notiren, wenn auch nur als einen neuen Beweis dafür, daß die Sache unserer Ausstellung selbst unter so unvortheilhaft für uns gestalteten Verhältnissen nicht unbeachtet bleibt.

Als Erster nahm, wie gewöhnlich, der lebhafteste Figaro das Wort. Die von diesem Blatte gebrachten Neußerungen beschränken sich jedoch auf die Darbietung eines kurzen Telegramms, das den Aufenthalt der Posener in Lemberg und den Inhalt der Ansprachen Dr. Ruztelans und des Fürsten Sapieha meldet.

Viel eingehender läßt sich das Journal de Debats aus. Diesen unter dem Titel „die Polen und die Lemberger Ausstellung“ uns gewidmeten Artikel geben wir hier wörtlich wieder:

„Die Verbindungsbedingungen der Posener und galizischen Polen — schreibt das Journal — welche sich auf den durch die Lemberger Ausstellung hervorgerufenen Zusammenkünften so grell bemerkbar machen, sind ohne Zweifel die Veranlassung für die bissigen Bemerkungen aller Derjenigen, welche sich bisher zu der Repressionspolitik des Fürsten Bismarck bekennen, und für welche der inaugurierte „neue Kurs“ ein Dorn im Auge ist. Die Germanisatoren à outrance muß schon die Thatfache schmerzen, daß preussische Unterthanen sich nach Lemberg begeben, um dem dort berufenen (sic) König der Polen, die unter der österreichischen Regierung schon so mächtig geworden sind, daß sie die ebenfalls Galizien bewohnende ruthenische Nation bedrücken, dem Kaiser Franz Josef zu huldigen. Den größten Aerger rufen aber gewiß die Ansprachen der Posener Delegirten hervor. Der Vorsitzende der Ausstellung, Fürst Sapieha, hat in seiner Rede treffend bemerkt, daß die Waffe, deren sich seine Vorfahren bedient hätten, augenblicklich ihren Werth verloren habe und daß heut nur „Arbeit und Fortschritt“ die nationale Losung sein könne. In demselben Sinne ließ sich auch einer der ersten Posener Delegirten vernehmen, indem er hervorhob, daß nunmehr eine neue Epoche, die der organisirenden Thätigkeit für die Polen angebrochen sei.

Wenn die galizischen Polen so reden und sich in ihren Reden die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft fund giebt, so wundert das Niemanden, denn sie nehmen im Staate neben den Ungarn und Deutschen eine koordinirte, wenn nicht herrschende (?) Stellung ein. Im hohen Grade kennzeichnend ist dagegen das ähnliche Verhalten der Posener Polen, denen man bis vor Kurzem die Existenzberechtigung abspach. Trotz des Widerspruchs Bismarcks arbeiten die Posener eifrig an der Organisation ihrer Existenz.

Mit dem Augenblick nämlich, wo das Bismarcksche System zu Ende ging, hörte man auf, die Polen für rechtlos anzusehen; sie konnten mithin parlamentarische Bündnisse mit der Regierung eingehen, um als Entgelt für ihren Beistand allmählich gewisse Zugeständnisse einzuheimen und die ihnen genommenen nationalen Rechte wieder zu gewinnen. Zunächst erreichten sie, daß Stableski Erzbischof wurde und im Anschluß hieran die Beibehaltung des polnischen Klerus in allen Pfarochien. Hierauf brachte man

die aus den Schulen völlig ausgerottete polnische Sprache zunächst im Religionsunterricht wieder zur Einführung. Schließlich erlangten die Polen den Zutritt zu den Ämtern, wenn auch fürs Erste nur unter Beschränkung auf die Schule.

Diese als Lohn für die Bewilligung des Marinebudgets und der Heeresverstärkung gemachten Zugeständnisse riefen einen wüthenden Sturm im konservativen Lager hervor. Wir können uns heut auf die Verdoppelung dieses Sturmes gefaßt machen, da die mit diesen kleinen Konzessionen unzufriedenen Polen offen mit neuen Forderungen hervortreten und ganz unzweideutig an der völligen Wiedergeburt der Nation arbeiten.

Die Posener Polen müssen — nach der von ihnen behaupteten Stellungnahme zu urtheilen — ihrer Sache allzu gewiß sein, um sich vor dem Sturm zu fürchten, — und Graf Caprivi tritt, da er von dem Kaiser unterstützt wird, nicht zurück, so wie er garnicht daran denkt, das Bismarcksche System wieder in Anwendung zu bringen.

Sei es, wie es sei — schließt das genannte französische Blatt, — die Anschauungen Kaiser Wilhelms einerseits und das Verhalten der Posener Polen, die in Deutschland gern dieselbe Rolle spielen möchten, wie sie zum Theil ihren Brüdern in Galizien zugefallen ist, andererseits, — das sind Beweise dafür, daß die Zeiten, wo der eiserne Kanzler auf dem Wege der Enteignung und Ansiedlung Polen germanisiren wollte und die Polen voll Verachtung eine „weibische, der Vernichtung verfallene Rasse“ nannte, vielleicht auf Nimmerwiederkehr vorüber sind.“

Wie wir aus diesen Worten sehen, hat der Autor keinen sehr klaren Blick betreffs unserer Verhältnisse und er war bei Kennzeichnung derselben ersichtlich besorgt, wenn auch nur erkünstelt, Maß zu halten, um das von uns entworfene Bild nicht zu hell und nicht zu dunkel, sondern so „fin de siècle“ werden zu lassen.

Diese Pressstimme wiegt nicht viel in der Schale der Ereignisse. In jedem Falle verdanken wir sie der Ausstellung; sie ist das Werk der letzteren und muß sorgfältig verzeichnet werden.

Aus Nr. 265 des Dziennik Polski
vom 24. September 1894:

Der Bauerntag in Galizien.

Auf unseren Artikel „die Volksbildung und der Warszawskij Dniwnik,“ worin wir uns dahin geäußert haben, daß die russische Fürsorge uns durchaus nicht von Nöthen sei, hat dies Blatt erklärt, es werde sich auch fernerhin sorglich mit unseren Angelegenheiten beschäftigen. Getreu seinem Versprechen brachte es einen Artikel, der den in Lemberg stattgefundenen Bauerntag zum Gegenstande hat.

„In der historischen Vergangenheit des westlichen Slaventhums“ — schreibt das genannte Organ — „im Kampfe desselben mit Rom um seine Selbstständigkeit treten zwei ungeheure Thatsachen in den Vordergrund, welche man als den Ausgangspunkt der nachfolgenden politischen und nationalen Bewegungen des westlichen Slavismus ansehen kann. Die erste ist die gewaltsame Bekämpfung der Czechen und Mähren durch die Deutschen, die zweite die freiwillige Uebernahme der Vasallenrolle seitens der Polen gegenüber Rom und dem heiligen römischen Reich. Das mächtige Reich des mährischen Swiatopelk würde sich noch gegen die Vorstöße des fremden Stammes wehren, doch der innere Zwist in den

leitenden Klassen, die gleichzeitig mit dem den Slaven fremden Aristokratenthum auch die geistige Lehre des Westens angenommen haben, hat sein Schicksal entschieden. Ohne Kampf, ohne Druck von Seiten Roms vollzog sich der Prozeß der geistigen Umgeburts auch im kriegerischen, slavischen Volksstamm der Polen. Polen hat seinen Hals freiwillig vor Rom und dem ewigen Feinde des Slaventhums, dem Deutschthum gebeugt, nachdem es eine Beimischung fremdländischer Formen und Ideen, womit der Katholizismus seine Getreuen versah, aufgenommen hatte.

Der Katholizismus fand in Polen vor Allem an den Höfen der herrschenden Fürsten eine bleibende Stätte. In der Folge bildete sich kraft der freiwilligen Unterwerfung Polens unter das westliche Aristokratenthum eine natürliche Verbindung zwischen der römischen Geistlichkeit und den höheren Schichten der polnischen Gesellschaft heraus, wodurch der Anstoß zu der verderblichen klerikal-adligen Politik gegeben wurde, welche schließlich mit dem völligen Fall des polnischen Staates endigte.

Selbstverständlich wirkte der Mangel einer verständigen Demokratie innerhalb der polnischen Gesellschaft verderblich auf das geschichtliche Loos Polens ein. Die aufeinander folgenden Thatsachen in der Geschichte Polens, der Aufbau des bürgerlichen Lebens der Bewohner dieses Landes, die politischen Fehler und das blinde halsstarrige Festhalten an traditionellen Vorurtheilen waren die Folge des verhängnißvollen Uebels, welches der in diesem slavischen Volksstamm eingemistete Katholizismus und der deutsche Aristokratismus mit sich brachten. In der Geschichte Polens gab es natürlich auch Lichtblicke, welche die dunkle Nacht auf einen Augenblick erhellten; es kamen Versuche vor, sich von der Fürsorge Roms, von der Willkür der Magnaten zu befreien, der man mittelst der Schaffung eines gleichgewichtigen, demokratischen Elements entgegenarbeiten wollte. Alles das verlief jedoch schnell, sich vor dem erbarmungslosen Grimm eines herrschsüchtigen Monarchen und des mächtigen Roms in Demuth beugend. Sogar bei den Versuchen selbst, die eine Aenderung des sozialen Aufbaues Polens bezweckten, war auf Seiten der Feudalen, die im gegebenen Fall ihre eigenen, selbstsüchtigen Zwecke verfolgten, viel Subjektivismus, Unduldsamkeit und Willkür zu bemerken.

Ein wenig analog mit diesen, der Vergangenheit angehörigen Versuchen, und gleichzeitig charakteristisch für die jetztzeitigen, politischen Strömungen sowohl in Oesterreich, als auch in Preussisch-Polen kam es vor Kurzem in Lemberg zu der Episode der Eröffnung eines von 2000 Theilnehmern besuchten Bauerntages. Es könnte in Wirklichkeit scheinen, als hätten wir es hier mit einer großen Rundgebung von demokratischem Charakter zu thun. Sehen wir uns jedoch diese Erscheinung näher an, vertiefen wir uns in die Reden dieser Vertreter des Volkes, wenden wir unser Augenmerk auf den Zeitpunkt der Einberufung der Versammlung, — so wird es uns sogleich klar, was das für eine Versammlung ist, in wessen Sinne diese Leute reden, was das friedliche polnische und ruthenische Volk von allen diesen, in Wirklichkeit in Folge ihrer Tendenz den fernigen Prinzipien des bäuerlichen Lebens völlig fremden Träumereien zu erwarten hat. Wollte man sogar in diesem Falle an die Aufrichtigkeit der Wirksamkeit der polnischen Führer aus der adlig-klerikalen Partei glauben, die so urplötzlich von dem Gefühl brüderlicher Liebe zur Nation entbrannt, die wirtschaftliche Lage derselben zu bessern sich den Anschein geben, — so ist auch hierbei vom geschichtlichen Standpunkte aus und mit Rücksicht auf den heutigen sozialen Aufbau des

galizischen Polenthums der behufs Annäherung an die Nation unternommene Schritt nichts mehr und nichts weniger als Ironie des Schicksals, geeignet, ein bitteres Lächeln des Bedauerns über die verspätete Einsicht der galizischen Herren hervorzurufen. Das ist jedoch nicht anzunehmen. Nicht allein die Veranstaltung der Versammlung an sich und die Zeit der Einberufung, sondern auch das Programm der Berathungen, die Beweggründe für die Veranstaltung, wie sie in dem Briefe Ujejskis überzeugend genug angeführt sind, sprechen deutlich von der kraftvollen, tendenziösen Färbung des Abschlusses der Lemberger Manifestationen."

Weiterhin berichtet der Warszawskij Dniwnik ziemlich getreu über den Verlauf der Berathungen, ohne dabei natürlich scharfe Bemerkungen zu sparen, die übrigens nicht verlohnen, wiederholt zu werden; sie sind nämlich banal, um nicht zu sagen naiv. Der Artikel schließt mit folgenden Worten:

"Bezeichnend für die Versammlung ist der Umstand, daß er keine Reinerung in das Leben des galizischen Bauern eingeführt hat. Es reicht hin, den Verlauf dieser Versammlung von ihrem Beginn an zu prüfen, um sich zu überzeugen, für wen und zu welchen Zwecken sie nöthig war. Ehe man in die Berathung der Anträge eintrat, hörten die Vertreter des Volkes eine ganze Reihe extrem tendenziöser Ansprachen, worin auf die Hauptveranlassung zur Einberufung des Bauerntages, auf die Nothwendigkeit hingewiesen wurde, im galizischen gemeinen Volke sogenannte politische Bildung zur Einführung zu bringen. Genauer gesagt, man hat die Motive der Versammlung vor Allem in dem Bestreben der adig klerikalen Partei zu sehen, unter dem Volke die von ihr bekannten politischen Ueberzeugungen zu verbreiten. Ferner zeugt die Einberufung des Bauerntages in der Zeit der Triumphe der Lemberger Ausstellung klar, daß diese Versammlung das anmaßende Bild der vor den Augen Europas entfalteten nationalen und politischen Manifestationen vervollständigen sollte."

Und nun eine kleine Frage: „Worum handelt es sich dem Warszawskij Dniwnik eigentlich? Interessirt ihn die Frage des Wohlbefindens unserer Bauern, die Frage, wie deren Lage zu verbessern wäre? Nicht im Geringsten. Da das Organ Hurkos sieht, wie alle Bevölkerungsschichten, Leute der verschiedenen Parteirichtungen sich unaufhaltsam nähern, weil ihnen das Wohl rei publicae am Herzen liegt, verfällt es in Verzweiflung. Wie, — wir haben es bei uns soweit gebracht, daß die Hütte feindselig dem Palast gegenübersteht und dort sollte die Hütte sich mit dem verhassten Palast verbünden? Das kann, das darf nicht zugelassen werden! Geben wir von uns aus den Anstoß und jene dort, unsere Agitatoren jeder Art, amtliche und nichtamtliche, mögen sich bemühen, damit es, koste es was es wolle, zu keiner Annäherung komme. Wir glauben, daß unser Volk schon klug genug ist, um die Tendenz des Warszawskij Dniwnik zu begreifen; andererseits drängt sich uns wider Willen die Ueberzeugung auf, daß diese amtlichen Agitatoren, beruhigt wegen der Unantastbarkeit ihrer Stellung, sich allzuviel mit unseren Verhältnissen befassen. Dem muß bedingungslos vorgebeugt werden!

Aus Nr. 217 des Ozas
vom 25. September 1894:

Posen, den 22. September.

Die letzten, an die Großpolen und seitens derselben auf der Lemberger Ausstellung gehaltenen Reden gefallen den deutschen, chauvinistischen Blättern wiederum nicht. Sie fordern die Regierung sogar auf, die Stenogramme dieser Reden sich zu verschaffen, dann würden ihr endlich einmal die Augen aufgehen mit Bezug auf die Doppelzüngigkeit der Polen. Es muß wiederholt hervorgehoben werden, daß die in diesen Seufzern und Denunziationen geäußerten Befürchtungen geheuchelte sind. Soviel Naivität darf man den deutschen, chauvinistischen Blättern nicht zutrauen, daß sie in der That in dieser oder jener auf den Effekt berechneten Phrase oder Feitrede, die sich wie Rauch verflüchtigen, eine Gefahr für das Reich, Preußen oder das Deutschthum erblicken sollten. Die deutschen Herren Chauvinisten möchten augenscheinlich haben, daß die Polen, wenn sie zusammenkommen, über nichts weiter sprechen sollen, als über unsere Pflicht, möglichst bald auf der väterlichen Scholle unterzugehen, über die alleinseligmachende, deutsche Kultur und über unsere Pflicht, den Deutschen unsere Güter und Erwerbsgelegenheiten abzutreten; sie möchten, daß wir im deutschen Hochmuth, in der deutschen Eigenliebe die höchsten Tugenden anerkennen. Zwar fürchten die Deutschen unsere Phrasen und Trinksprüche nicht; die vorgebliche Furcht ist nur ein Heilmittel, um unseren Beziehungen zur Regierung den Todesstoß zu versetzen, obgleich dieselben infolge des Auftretens unserer eigenen Chauvinisten, infolge unseres Zwistes, unserer Zuchtlosigkeit und des Aergernisses erregenden gegenseitigen Bekämpfens unserer auf gemeinsame, angestrenzte Arbeit angewiesenen politischen Faktoren ohnehin schon arg angekränkelt sind. Ob in Lemberg in der Hitze der Festimmung diese oder jene Worte fielen, ist für den Gang der Ereignisse und den Verlauf unseres Geschickes ziemlich gleichgültig, ja, Niemand von uns nimmt an, daß diese Phrasen in Wirklichkeit etwas zu bedeuten haben. So viele Phrasen und hochtönende Trinksprüche haben wir von jeher voll Begeisterung und Prahlucht ausgebracht, und von alledem ist kein Härrchen auf dem deutschen Schopfe gekrümmt worden.

Und wovon sprechen denn die Deutschen, wenn sie unter sich sind, wenn sie, wie wir es neulich in Barzin bei dem anti-polnischen Patriarchen gesehen haben, zusammenkommen? Wir sprechen nur davon, daß wir leben, uns lieben und über die politischen Grenzen hinweg uns gegenseitig unterstützen wollen, und schon das ist den Deutschen zu viel. Wir drohen Niemandem, fallen über Niemanden mit Worten her, und wovon haben sie in Barzin gesprochen? Von Anfang bis zu Ende erklang durch alle Toaste und Ansprachen eine und dieselbe Note des Kontrabasses, — die Note von der Vernichtung. Fort mit den Polen, sie müssen dem deutschen Element Platz machen! Weder eine Spur von Gerechtigkeitsgefühl, noch von Herz, noch von der gerühmten, deutschen Gemüthlichkeit war bemerkbar. Einige tausend Menschen unter der Anführung des nicht mehr eiserne, weil bereits von Rost zerfressenen Kanzlers sprühten vor Haß, verschworen sich gegen Schwache und theilten sich in die Hüllen von Glenden, kaum noch Lebenden. Und diese Menschen sind unsere Mitbürger, Nachbarn, Mitarbeiter, auf die wir daheim jeden Augenblick und auf jedem Schritte mit dem Gefühle stoßen müssen, daß sie jeder Zeit bereit sind, an uns zu Rains zu werden. Aber wir trösten uns damit, daß die Barziner Phrasenschneiderei, welche von Giftigkeit und Sucht nach des Nächsten Eigenthum überprudelte, ebenso wie unsere, wenngleich tausendfach unschuldiger

Phrasenschnelderei in alle vier Winde zerfliegen wird. Die Teilnehmer an der Guldigungsfahrt waren ohnehin von jeher eifrige Vollstrecker der Antipolenpolitik. Wenn nun einerseits die Barziner Phrasen augenblicklich diesen Geist beleben, so war andererseits das Verbot, an dem Ausfluge theilzunehmen, welches ersichtlich nicht aus eigener Initiative seitens des hiesigen Regierungs-Präsidenten an die Beamten erlassen wurde, ein Kübel kalten Wassers auf die Begeisterung. Es ist dies das erste Zeichen dafür, daß der neue Kurs die nicht allein gegen die Polen, sondern hauptsächlich gegen den amtierenden Kanzler und Se. Majestät selbst gerichtete Barziner Demonstration nicht billigt. Letzterer hatte soeben eine so drohende Rede gegen die Opposition des preussischen Adels gehalten, und hier wagt es ein Paladin aus der Reihe desselben im Einverständnis mit den buntscheckigen negierenden Elementen des Großherzogthums oppositionelle Manöver gegen die „unentschiedene“ Haltung der Regierung in der Polenfrage auszuführen.

Die Deutschen prahlen wörtlich, die Barziner Pilgerfahrt werde eine Epoche in der Geschichte bilden. Gewiß, hinsichtlich der Zahl der Teilnehmer war der Ausflug bedeutend und der furor teutonicus groß, aber von vorn herein wehte eine wenn auch geschwächte, so doch modrige Kühle und es herrschte eine organische Schwäche vor. Schon den in der vorhergehenden Nacht angekommenen Zeitungs-Berichterstattern gegenüber erklärte der Fürst, daß „heute nicht viel los sein werde“, da ihn ein Herzensschuß quäle, und das Bewußtsein dessen, mit was für Augen Berlin diese Demonstration ansehe, mag auch nicht dazu angethan gewesen sein, großes Geschütz aufzufahren. So beschränkte sich der Fürst denn der Hauptsache nach auf seine gewohnten Ausfälle gegen Schwache und Wehrlose, die der für sehr gefährlich hält, der angeblich Niemanden fürchtet außer Gott. Im Eingange seiner an die Posener Bataillone gerichteten Ansprache bemerkte der Fürst, daß die Wacht an der Warthe fest stehe und Niemanden zu scheuen brauche. In den Phrasen Bismarcks zeigten sich wiederholt Wiederholungen, was bei einem solchen Manne Zeugniß ablegt von dem Niedergange des Sterns seines einst so scharfen Verstandes. Er trat ferner zu Tage, daß der verrostete Kanzler nicht mehr in den politischen Verhältnissen Bescheid weiß, und daß es ihm schwer fällt, mit dem Fortschreiten der sozialen Entwicklung gleichen Schritt zu halten. Darum kämpfte er wiederum gegen uns mit den veralteten Anachronismen, daß nur der Adel und die Geistlichkeit das Volk aufheben, und daß dieses selbst mit seinem Loos unter preussischer Herrschaft zufrieden sei. Schon lange hat man dies Argument in der parlamentarischen Diskussion fallen lassen, und jeder aktuelle Durchschnittspolitiker weiß und glaubt es, daß nicht die gebildeten Kreise das Volk aufheben, sondern daß letzteres die Intelligenz zu einer entschieden oppositionellen Politik drängt. Ebenso veraltet ist der Beweisgrund, daß das Volk in Schlesien bei dem Mangel an polnischen Adligen und Geistlichen sich unter der deutschen Kultur ganz glücklich fühle. Der Fürst muß wohl wenig lesen, da er der sogenannten „großpolnischen Agitation“, die gerade in Schlesien „erschrecklichen Umfang“ annehme, vergessen hat. Ohne jeden Sinn waren die Ausführungen darüber, daß das polnische Volk keinen Mittelstand besitze und die Abgeordneten lauter Edelleute seien, u. s. w. Nun, der Fürst hat offenbar gealtert und kann das Gewesene von dem Bestehenden nicht mehr unterscheiden. Nur das antipolnische Gift ist noch das einstige.

Es scheint auch, daß der amtliche Text der Rede des Fürsten eine Umarbeitung des Originals ist. Die privaten Stenographen hoben in ihren Referaten aus der Rede des Exkanzlers den wunderbar klingenden,

der von ihm „unbewacht gelassenen“ Ansiedelungskommission gemachten Vorwurf hervor, daß polnische Komorniks ohne Noth ausgetrieben würden. Es scheint, daß der Exkanzler in seinem oppositionellen Feuereifer in zweifacher Beziehung die Gemüther seiner Hörer (vorwiegend Agrarier, die den in und für die deutsche Tasche arbeitenden Komornik sehr gern sehen) auf Kosten der Ansiedelungskommission hat gewinnen wollen. Auch das war den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen, daß Fürst Bismarck ursprünglich die Ansiedelungsgüter habe als Domänen verpachten wollen. Wieviel fette Bissen wären das für die banquerotten Agrarier gewesen! So verblieb der zweite Punkt im Texte der amtlich veröffentlichten Rede, den ersten, die Apostrophe zu Gunsten der „polnischen Komorniks“ ließ der scharfsinnigere Korrektor der Rede, weil dem antipolnischen Charakter des Instituts und dessen Schöpfers nicht entsprechend, aus.

Ganz und gar standen die Bemerkungen betreffend das friedliche Zusammenleben beider Nationen dem Fürsten Bismarck nicht zu Gesichte. Eine Art menschliche Ader machte sich in der Mittheilung bemerkbar, daß in der Schweiz drei, in Belgien zwei Nationen in Eintracht nebeneinander leben. Doch der furor teutonicus gestattete ihm nicht, aus diesen Prämissen den logischen Schluß zu ziehen, und nun los mit der Verläumdung, daß Adel und die Geistlichkeit diesem friedlichen Einvernehmen sich widersetzen! Die Deutschen sind die wahren Tauben, wenn sie auch ein solch finsternes Gesicht machen, wie Fürst Bismarck. Der gefallene Politiker konnte es sich ferner nicht versagen, gegen die Familie Radziwill ausfällig zu werden, die wie stets, so auch heut den preussischen Hof seit 1815 hindere, in der polnischen Politik streng konsequent zu bleiben. Der alte Mann begreift nicht, in welchen Widerspruch er sich verwickelt. Nimmt die Polenpolitik der preussischen Regierung ihren Ausgang vom Jahre 1815, so würde die strenge Konsequenz die Beobachtung der Abmachungen des Wiener Friedens fordern. Alles Andere bekundet eine veränderliche Haltung, worin gerade Derjenige am Weitesten gegangen ist, der diese Haltung so sehr schilt und seine zahlreichen Söldner sie schelten lehrt.

Aus dem Allen, sowie aus dem Umstande, daß sich in der ganzen Demonstration nicht ein einziger Ton bemerkbar machte, der für das Gefühl von Recht und Gerechtigkeit, das den Mächtigen so wohl ansteht, Zeugniß ablegte, geht hervor, daß der antipolnische Hochmuth gerade in dieser Manifestation seinen Höhepunkt erreicht hat und sich jetzt verbluten muß, sowie daß der Barziner Kraftausbruch sein wird, was die Deutschen „einen Schlag ins Wasser“ nennen. Man aß viel Würste und saure Gurken, wahrscheinlich Barziner Herkunft, trank eine Menge Bier und Grog, schwächte sich nach Lust aus und damit war die Sache zu Ende. Doch nein! Für die Auserwählten fand beim Fürsten ein Essen statt, während dessen gewiß die Lösung und die geheimen Instruktionen für die fernere Aktion ausgegeben wurden. Man konnte feststellen, daß sich in der nächsten Umgebung des Fürsten Herr v. Hansemann, der Verfasser der giftigen Artikel im „Deutschen Wochenblatt“ mit großer Vertraulichkeit zu schaffen machte. Woher der Genannte seine antipolnischen Ergüsse schöpft, darüber kann nunmehr kein Zweifel obwalten.

In Kurzem findet ein zweiter Ausflug und zwar von Westpreußen aus nach Barzin statt. Es wird dies eine Wiederholung der Posener Premiere sein, wie diese ohne Bedeutung. Das beste Geschäft macht bei diesen Fahrten der Pächter der fürstlichen

Gastwirthschaft, die in Barzin für eine ziemlich hohe Pacht eingerichtet worden ist.

Sogar auf die deutsche Presse hat die Barziner Demonstration nicht den erwarteten Eindruck gemacht. Die Freisinnige Zeitung fertigte sie mit einigen Worten in der Rubrik „Parteinachrichten“ ab, und der sozialistische Vorwärts schrieb, die deutschen Chauvinisten seien nach Barzin gefahren, um sich über das widerwärtige Geschick zu beklagen, da ihnen jetzt nicht mehr wie einst gestattet, die Polen zu quälen und ihnen das Fell über die Ohren zu ziehen.

In der That, lediglich das wünschen alle Diejenigen, welche den demonstrativen Auszug nach Barzin ins Werk gesetzt haben. Das sozialistische Organ hat das Schwarze getroffen!

Die Barziner Pilger, d. h. unsere Nachbarn und Mitbürger wollen keinen Frieden mit uns und kein redliches Zusammenleben beim Ringen ums tägliche Brot, sobald auch nur eine Krume davon für uns Polen abfallen soll. Couper le vivre: Das ist ihr Prinzip und ihre Losung. Daraus ziehen unsere Chauvinisten den Schluß, daß unsere sogenannte Versöhnungspolitik Unsinns sei und schleudern giftige Geschosse auf die Vertreter derselben. Indessen haben die Letzteren nie irgend Jemanden zum Frieden und Versöhnen mit den unversöhnlichen, deutschen Chauvinisten aufgerufen. Im Gegentheil, stets erklärte man, daß ein schwerer, wüthender Kampf mit dem Chauvinismus unser warte, daß dieser Kampf auf jedem Gebiete aufgenommen werden müsse, was nicht ausschließe, denjenigen gegenüber sich versöhnlich zu zeigen, welche nicht zu Bismarck und dessen Schaaren ständen. So will es der politische Verstand, doch leider daran und an politischem Denkvermögen hat es bei uns stets gefehlt. Ob sie sich bei uns herausbilden werden, daran ist zu zweifeln, ohne daß man sich darüber Gewissensbisse zu machen braucht, daß man dem Pessimismus huldige. Augenblicklich herrscht eine derartige Verwirrung, ein solcher Zwist bei uns, daß Niemand weiß, was er wollen soll und was er will.

Aus Nr. 217 der Nowa Reforma
vom 25. September 1894:

Eine neue Art nationaler Solidarität.

Nicht allein in der Jugend, welche weder mit der Staatsraison, noch mit der hohen Politik rechnet, sondern auch im Alter der kühlen Erwägung kommen im Menschenleben Augenblicke des Hingerissenseins vor, die man später auszulegen gezwungen ist, wenn sie nicht „falsch“ verstanden werden sollen. Ein kühler und sehr — sehr erwägender Politiker aus dem preussischen Landestheil, der bekannte Repräsentant der Versöhnungspolitik, Herr Joseph von Koscielski, hatte einen solchen unglücklichen Augenblick in Lemberg, wo er unter dem Eindruck des Kaiserbesuchs und der patriotischen Begeisterung des polnischen Adels in einem Trinkspruch mit großem Feuer die Solidarität der ganzen polnischen Nation ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen hervorhob. Diese Worte richteten die Aufmerksamkeit der polnischen, deutschen, ja, der französischen Presse auf sich und wurden zum Gegenstand zahlloser Kommentare, besonders mit Rücksicht auf die Person des Redners, der im Allgemeinen in der Öffentlichkeit nicht in so warmen Tönen zu reden pflegt. Das bewog Herrn von Koscielski, wie es scheint, diesen Absatz seines Lemberger Trinkspruches

mit einem Kommentar zu versehen, den er der Wiener Neuen Freien Presse zu übersenden für angebracht hielt, die demselben auch in ihrer Sonnabend-Nummer ihre gastlichen Spalten öffnete. „Ich habe zwar“, schreibt Herr von Koscielski, „in einer meiner Reden, die ich in Lemberg zu halten Gelegenheit gehabt habe, die Solidarität der ganzen polnischen Nation, ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen, hervorgehoben; aber ich habe zunächst die ethnographische Solidarität, die zu leugnen es wohl Niemanden einfallen wird, gemeint, sodann die politische an der Erscheinung zu demonstrieren versucht, daß der Gedanke einer loyalen Anlehnung an das Herrscherhaus und eines freudigen Mitwirkens an den Aufgaben des Staates, der in Oesterreich so schöne Früchte gezeitigt, sich nunmehr auch in der polnischen Bevölkerung Preußens Bahn gebrochen und in stetiger Entwicklung begriffen ist. Ich glaube, daß es kaum möglich wäre, aus einer solchen Auffassung, der Solidarität der ganzen polnischen Nation eine Bestätigung der vom Fürsten Bismarck neuerdings aufgestellten Behauptungen herauszukonstruieren. Ich will hier auf die Fürst Bismarcksche Rede um so weniger eingehen, als ich bald Gelegenheit zu haben hoffe, es in einer erschöpfenderen Form thun zu dürfen; was aber die vielbesprochene Rede Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm in Königsberg betrifft, so würde ich im Interesse der Größe und der Zukunft Preußens wünschen, dieselbe möchte in den Kreisen des deutschen Adels denjenigen freudigen Widerhall finden, den ich für dieselbe in Lemberg sowohl unter dem galizischen Adel als auch unter den dort zu der Zeit zahlreich vertretenen preussischen Polen konstatiert habe. Diese freudige Aufnahme der Botschaft seitens der Polen, die bekanntlich in Deutschland der agrarischen Bewegung prinzipiell ferngeblieben sind, liefert den Beweis, daß sich der polnische Adel denjenigen Elementen zuzählt, die der Kaiserliche Rufer um sich zu schaaren bemüht ist, und daß er, falls die Fesseln seines Volkes gelöst werden, in diesem hehren Streite für Kultur, Recht und Ordnung nicht der Letzte zu sein gesonnen ist. In dieser Gesinnung weiß sich der polnische Edelmann, als derzeitiger Anwalt der polnischen berechtigten Bestrebungen, mit allen Klassen seines Volkes eins und solidarisch und erblickt in dem künstlichen Unterscheiden zwischen denselben eine soziale Gefahr, für die er jede Verantwortung auf das Entschiedenste ablehnt. Sollten dagegen, was Gott verhüten möge, in Preußen oder in Deutschland Maßregeln geplant werden, die auf eine Einschränkung der modernen politischen Errungenschaften hinielen, so wird der polnische Adel in Preußen, wiederum in vollstem Einvernehmen mit allen Klassen seines Stammes, den Beweis zu führen wissen, daß die Behauptung, der polnische Edelmann wäre das reaktionärste Gebilde aller Zeiten, auf einer zum mindesten — gewagten Hypothese beruht.“

Die Neue freie Presse bekennet es ja selbst: „Durch die Koalition haben die Deutschen in Oesterreich ein brennendes Interesse an der Politik des polnischen Adels“, nun, ich meine: bei der Wechselwirkung, welche die Polen aller drei Kaiserreiche naturgemäß auf einander ausüben, wäre es im Interesse eines jeden wahren Fortschritts in Oesterreich verhängnißvoll, die von mir in Lemberg betonte Solidarität des ganzen polnischen Volkes leugnen oder gar stören zu wollen.“

Wir haben die politischen Theorien des Abg. von Koscielski in wörtlicher Uebersetzung angeführt; wenn nämlich der Schöpfer derselben sie zum unmittelbaren Gebrauch für die Deutschen in Oesterreich bestimmt hat, glauben wir doch, daß wir nicht allein ein gewisses Recht haben, uns mit ihnen bekannt zu machen, sondern auch daß wir sie nicht unbeantwortet lassen dürfen.

Herr v. Koscielski hat recht gethan, als er seinen Lemberger Trinkspruch mit einem Kommentar versah. Wir verstehen uns nunmehr besser als vorher und wollen weder uns noch Andere täuschen. Wenn dies nicht der Fall wäre, würden wir der Ansicht sein, der Abgeordnete von Koscielski habe das Bestehen der Solidarität des polnischen Volkes bestätigt, welche ohne Rücksicht auf die von der Politik gezogenen Grenzen Alles einige, was die geschichtliche Tradition als ursprünglich eins überliefert und was dieselbe geeint zu erhalten anbefiehlt. Wir wären bereit anzunehmen, Herr von Koscielski verkünde unsere Solidarität, die sich auf den gemeinsamen Glauben stützt, den wir aus der harten Schule des letzten Jahrhunderts davongetragen haben und auf diejenigen Ideale, welche keine politische, die heutige Situation berücksichtigende Kritik aushalten können, die uns aber mit unauslöschlichem, heiligem Feuer voranleuchten müssen, wenn wir uns nicht verloren geben und unsere Selbstständigkeit zu Gunsten der drei Theilungsmächte aufgeben wollen. Wir glaubten, daß wir es nur der so aufgefaßten nationalen Solidarität zu verdanken haben, daß des grausamen Druckes ungeachtet das polnische Element in keinem der drei Landestheile ausgestorben ist.

Nun, Herr von Koscielski will uns nicht im Irrthum lassen und bedeutet uns, er habe hier vor Allem die ethnographische Solidarität im Auge. Ging es ihm darum, daß man ihm diese Solidarität in keinem der drei Landestheile übel deute, so hat er das Ziel getroffen; es ist nur etwas Anderes, ob die ethnographische Solidarität sich lohnt, so geräuschvoll und prahlerisch verkündet zu werden. Sie kann, was das polnische Volk betrifft, von Niemandem geleugnet werden, der keine andere Sprache, als das Polnische zu sprechen versteht, selbst wenn ihm die nationale Sache sonst völlig gleichgültig ist. Die Nation giebt sich jedoch mit einer so aufgefaßten ethnographischen Solidarität nicht zufrieden und hat die Befenner derselben in durchaus unzweideutiger, für diese jedoch unliebsamer Form gebrandmarkt. Die ethnographische Solidarität ist eine unbewusste Eigenschaft des Thieres, das alle Merkmale seiner Gattung besitzt und die Zugehörigkeit zu letzterer nicht ablegen kann. Doch ist eine Solidarität dieser Art weder ein Verdienst noch taugt sie dazu, vor Fremden als eine besondere Art Konfession des nationalen Glaubens verkündet zu werden.

Diesen engen Begriff „ethnographische Solidarität“ sucht der Abgeordnete von Koscielski durch Hinzufügung der „politischen Solidarität“ zu erweitern, die auf der Idee loyalen Anlehns an das Herrscherhaus und der Theilnahme an den staatlichen Angelegenheiten beruhe. Unserer Ansicht nach hat es eine so aufgefaßte Solidarität unter der polnischen Bevölkerung der drei okkupirten Gebiete bisher nicht gegeben; sie ist nicht vorhanden und wird so lange nicht bestehen, als sämtliche „Herrscherhäuser“ ihren polnischen Unterthanen die durch die Theilungsverträge gewährleisteten Rechte vorenthalten.

In Oesterreich hat die Krone uns gegenüber das meiste Gerechtigkeitsgefühl gezeigt, und daraus erklärt sich die Annäherung unserer Repräsentation an die maßgebenden Kreise. Doch folgt daraus nicht, daß die in Galizien berechnete Politik im Namen der Solidarität auch im preussischen Landestheil verpflichtet und noch weniger im russischen. Wir wollen auch Herrn von Koscielski nicht verdächtigen, daß er hierbei den russischen Landestheil nicht ausnehme, trotzdem er am Schlusse seines an die „Neue Fr. Pr.“ gerichteten Briefes das gemeinsame Zusammenwirken der „Polen aller drei Kaiserreiche“ konstatiert. Für jeden Fall

besteht die „politische Solidarität“ des Herrn von Koscielski schon darum nicht, da sie der russische Landestheil nicht zu der seinigen macht. Und obwohl die polnische Bevölkerung auf preussischem Gebiet für sie fühlt? Ungeachtet dessen, daß Herr v. K. sich der Fortschritte seiner höfischen Versöhnungspolitik freut, können wir nicht allein, sondern müssen wir bestätigen, daß die polnische Land- und Reichstagsfraktion in Preußen nur von Fall zu Fall nach dieser Politik verfährt, ohne sich grundsätzlich an sie zu binden, — da ganz Schlesien und ein sehr bedeutender Theil der polnischen Bevölkerung des Großherzogthums und Westpreußens dagegen ist. Eine politische Solidarität im Sinne des Abg. v. K. besteht also zwischen Galizien und dem preussischen Gebiet nicht und dürfte auch solange nicht existiren, als sich die Haltung der preussischen maßgebenden Kreise der polnischen Bevölkerung gegenüber nicht ändert.

Von was für einer nationalen Solidarität hat, oder besser gesagt will gegenwärtig der Abg. v. K. gesprochen haben? Er erblickt dieselbe da, wo sie nicht vorhanden ist, und da, wo sie als ethnographische Schöpfung nicht abzuleugnen ist, verdient sie nicht erwähnt zu werden. Mit einem Worte, sollten wir uns der Solidarität nur in dem Sinne unterwerfen, wie es Herr v. Koscielski in seinem Handschreiben an die „Neue Fr. Pr.“ gekennzeichnet hat, so müßten wir sagen, daß eigentlich die nationale Solidarität der Polen der drei Landestheile in dem Augenblick der Theilung aufgehört hat zu bestehen. Und da dem nicht so ist, so ist, wie wir meinen, der Schluß völlig berechtigt, daß die neue Auffassung von unserer nationalen Solidarität, wie sie Herr v. K. zum Gebrauch für die Deutschen produziert hat, jeder realen Grundlage entbehrt und als pium desiderium ihres Erzeugers inmitten der polnischen Bevölkerung der drei Landestheile nur den energischsten Widerspruch wachrufen kann.

Inwieweit Herr v. K. recht haben kann, wenn er im Namen des polnischen Adels der Königsberger Rede seines Kaisers Beifall spendet, und inwieweit es uns geziemt, uns nach dieser Richtung hin mit ihm zu solidarisiren, wollen wir nachdem Kaiser Wilhelm in seiner neuen Rede unzweideutig den Polen gegenüber Stellung genommen, untersuchen. Durch die Königsberger Rede des Kaisers Wilhelm ist nicht Herr von Koscielski allein in Entzücken versetzt worden; er behauptet, sie haben einen ebenso freudigen Wiederhall unter dem galizischen Adel gefunden, wie unter dem eben in Lemberg weilenden polnischen Adel aus Preussisch-Polen. „Im Interesse der Größe und Zukunft Preußens“ giebt ein polnischer Abgeordneter dem Wunsche Ausdruck, die Rede des Kaisers möge eine ebenso warme Aufnahme in deutschen Adelskreisen finden, die wie man weiß, durchaus davon nicht erbaut waren. Der Abg. v. Koscielski behauptet also, daß sich der Adel von Preussisch- und Oesterreichisch-Polen mit der Kundgebung Kaiser Wilhelms solidarisire.

Was hat ihm an dieser letzteren so sehr gefallen und ihn so eindringlich überzeugt? Gewiß der Umstand, daß der deutsche Kaiser die Opposition des preussischen Adels in Sachen der Handelsverträge getadelt und den Grundsatß verkündet hat, daß er die Opposition des Adels gegen die Krone für ein Unding halte. Kaiser Wilhelm hat also das Prinzip der rückhaltslosen Untergebenheit des Adels der Krone gegenüber aufgestellt, und mit diesem Prinzip solidarisirt sich Abgeordneter von Koscielski energischer als der preussische Adel, obgleich der Kaiser seine Aufforderung überhaupt nicht auf den polnischen Adel bezogen hat. Damit erklärt sich der genannte Abgeordnete a priori mit Allem einverstanden, was Kaiser Wilhelm verklauden läßt und fordert.

Man brauchte auch nicht lange auf die Gelegenheit zu warten, neue Anordnungen und Befehle des deutschen Kaisers zu hören. Die Rede, welche derselbe in Marienburg hielt, klang dem polnischen Ohre nämlich angenehm. „Dies Schloß“, — sagte der Monarch — in dessen Mauern die weißen Mäntel mit dem schwarzen Kreuz von den Rittern einhergetragen wurden, waren die Hochburg des Deutschthums gegen den Osten; von ihr ging die Befehrung der Heiden, von ihr die Kultur in alle Lande hinaus. So möchte ich der Provinz von Herzen wünschen, daß sie die Marienburg stets als ein Wahrzeichen des Deutschthums ansehen, daß sie stets hegen und pflegen möge deutsche Sitte und deutschen Glauben und daß sie sich hierdurch immer fester zusammenschließen möge.“

Diese zur Zugabe im Beisein zweier polnischer Abgeordneten, Rozycki und Słaski, und von vier Vertretern des polnischen Adels gesprochenen Worte standen im augenscheinlichsten Widerspruch zu allen nationalen Forderungen der polnischen Bevölkerung Westpreußens, welche in jedem Falle in dieser Provinz die überwiegende Mehrheit bildet. Abg. v. Koscielski hat seinen Brief an die „N. Fr. Pr.“ bereits mehrere Tage nach der Marienburger Rede Kaiser Wilhelms geschrieben, und indem er sich für die Forderung rückhaltsloser Unterthänigkeit, die der Monarch aufstellte, begeisterte, hat der genannte Abgeordnete sich ebenfalls mit „seinem Kaiser“ solidarisiert, als dieser der polnischen Bevölkerung Westpreußens die nationalen Rechte absprach.

Nicht genug damit. Am Tage nach der Absendung der Korrespondenz an das Organ der Wiener Centralisten wandte sich der Kaiser von Neuem, diesmal ohne Umstände, in Thorn an die Adresse der polnischen Bevölkerung, indem er deren nationale Bestrebungen als unberechtigt und umstürzlerisch verurtheilte. Und wiederum ertönte das Schlagwort vom Deutschthum aus kaiserlichen Munde als Gebot in der Stadt, in welcher sich das erzene Standbild des Vertreters unserer Civilisation (Kopernikus, d. R.) erhebt, um den uns Europa beneidet. Ob diese letzte Rede Kaiser Wilhelms einen ebenso freudigen Widerhall beim Abg. v. Koscielski, dieselbe Billigung finden wird, wie die Theorie des Monarchen von der bedingungslosen Unterthänigkeit sie gefunden hat? Will man die Grundsätze der Logik nicht vergewaltigen, so muß man dies erwarten. Uns brauchten die Ueberzeugungen des Herrn v. Koscielski weniger zu interessieren, aber da er behauptet, der Adel beider Landestheile solidarisiere sich mit seiner Ansicht und da der genannte Herr mit allem Nachdruck hervorhebt, dieser Adel fühle sich in seinen Anschauungen solidarisch und einig mit allen Gesellschaftsklassen seiner Nation, — so haben wir die Pflicht, mit aller Entschiedenheit gegen diese grundlose Behauptung zu protestiren.

Die polnische Volksgefamtheit ist vor Allem reif genug, daß sie nicht im Mindesten die Nothwendigkeit einsieht, sich mit einem politischen Grundsatz zu solidarifiziren, der sie schon jetzt dahin führen konnte, wohin Abgeordneter von Koscielski in so kurzer Zeit gelangt ist: zur Billigung der germanisirenden Umtriebe und zur Verleugnung der nationalen Rechte, da dieselben in maßgebenden Kreisen keine Vertretung finden. Wer sich mit diesen Sphären so rücksichtslos zu solidarifiziren wünscht, wie dies Herr v. Koscielski fordert, der kann sich der Mittheilung und der Verantwortung für alles das, was diese Sphären thun, nicht entziehen. Es steht Herrn v. R. frei, über seine Person zu verfügen, möge er sich jedoch nicht den Schein eines Demokraten geben und nicht seine Solidarität mit allen

Gesellschaftsklassen verkünden, ohne vorher nachgewiesen zu haben, daß die Gesellschaftsklassen bereit seien, sich mit seinen Anschauungen zu solidarifiziren. Dann wird er sich die Mühe sparen, die Rolle eines Verteidigers der „berechtigten polnischen Bestrebungen“ zu spielen und uns wird er von der Nothwendigkeit befreien, uns mit seinen Träumereien befassen zu müssen.

Die polnische Volksgefamtheit sieht nicht die geringste Nothwendigkeit ein, ihre politische Thätigkeit durch das Prinzip bedingungsloser Unterthänigkeit unter Strömungen, die von oben herkommen, zu knebeln. Vor Allem fordert das nämlich Niemand von uns. In konstitutionellen Staaten, wie in Oesterreich und Deutschland, muß das Wirken der Krone nach Außen hin mit der Tendenz der Regierung und der Kammermehrheit übereinstimmen und zum Mindesten darf es zu der Tendenz dieser Faktoren nicht im Widerspruch verharren. Es wäre also der Ausdruck großer politischer Beschränktheit, wollte man sich Faktoren, von denen sich nicht voraussagen läßt, welche Haltung sie gegebenen Falles uns gegenüber einnehmen werden, zur Mitarbeiterschaft verpflichten. Und wenn wir Angesichts dieser Unberechenbarkeit schon in konstitutionellen Staaten Zurückhaltung beobachten müssen, was soll man da erst bezüglich Rußlands sagen, wo die Staatsgewalt in der Hand eines absoluten Monarchen zentralisirt ist? Nicht allein unsere Volksgefamtheit, sondern sogar der polnische Adel kann die Aufforderung des Kaisers Wilhelm, die derselbe in Königsberg an den Adel richtete, nicht auf sich beziehen. Es kann nämlich der Augenblick kommen, daß in den Reihen zweier sich feindlich gegenüberstehender Armeen sich Söhne derselben Nation befinden; sollte es da noch nöthig sein, daß der polnische Adel mauergleich auf beiden gegnerischen Seiten um die obersten und höchsten Führer sich versammeln, die ihnen den Weg zum Siege zu bahnen?

Ob Herr v. Koscielski mit einer solchen Möglichkeit gerechnet hat, ehe er sich mit seinen Grundsätzen von der „politischen Solidarität“ vernehmen ließ, das müssen wir bezweifeln, wenn wir nicht zu für uns sehr ungünstigen Schlüssen gelangen sollen. Und die Marienburger und Thorner Rede des Kaisers Wilhelm müßten doch als Antidotum gegen die Gelüste hinreichen, welche in Herr v. Koscielski ihren Anwalt und Vertreter gefunden haben.

Möge also Herr v. Koscielski die nationale Solidarität wo anders suchen, denn da, wo er sie zu sehen wünscht, wird er sie nie finden. Er braucht sogar nicht zu befürchten, wegen des Mangels an Loyalität in Verdacht zu kommen. Es reicht hin, wenn er sich die prinzipiellen Abmachungen des Wiener Kongresses vom Jahre 1815 durchsieht; er wird da finden, daß der polnischen Bevölkerung der drei Landestheile keine ethnographische, auch keine Solidarität, die auf der rücksichtslosen Dienstleistung an Herrscherhöfen beruht, gewährleistet worden ist, sondern eine Solidarität auf dem Prinzip historischer Selbständigkeit und Zugehörigkeit der Polen zu einer und derselben Nation ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen. Eine solche Solidarität ist uns garantirt worden, und wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, uns zu ihr zu bekennen. Sie verleiht uns eine Sonderstellung, die unvergleichbar weiter reicht, als die Solidarität von dem neuen Zuschnitt, wie ihn Herr v. Koscielski erfunden hat.

Wir haben heut über die Verbreitung und Festigung unserer alten und über die Gewinnung neuer Rechte nachzudenken, nicht über die Einengung und vorsätzliche Zugrunderichtung derselben zu Gunsten verlockender und trügerischer Vortheile. Wenn wir

bei diesen Bestrebungen an der Spitze der Nation Leute voll Thatkraft und Opfermuth finden, dann werden wir nicht fragen, ob sie dem Adel angehören oder Söhne des Volkes sind, sondern werden Alle geschlossen zu ihnen stehen und in derjenigen Solidarität Kraft finden, welche im Nationalgefühl ihre Quelle hat und in der Freiheit ihre Begeisterung sucht.

Bei dieser Arbeit, bei diesem Bestreben, alle Gesellschaftsklassen zu solidarifiziren, sind sophistische Theorien von der Art, wie sie Herr v. Koscielski soeben erst verkündigt hat, ein gefährliches Hinderniß, welches mit einer kühnen Bewegung beseitigt werden muß, wobei man sich nicht auf dem an und für sich nicht allzu gewissen und bequemen Wege aufhalten darf.

Aus Nr. 239 der Gazeta Narodowa
vom 26. September 1894:

Betrifft den Brief von Koscielskis.

Lemberg, den 25. September.

Herr Joseph von Koscielski trat vor nicht langer Zeit auf der Bildfläche des politischen Lebens auf, hat sich jedoch sofort eine selbstständige und hervorragende Stellung erobert. Sein Name ist gleichbedeutend geworden mit derjenigen polnischen Politik in Preußen, welcher sich bereits seit längerer Zeit unsere Vertreter in Wien bedienen. Diese dem Staate und der Dynastie gegenüber loyale Politik steht jedoch unerschütterlich auf national-polnischem Boden und bedeutet keineswegs, daß wir uns von der Stellung eines lebenden, das volle Bewußtsein seiner weltgeschichtlichen Individualität und seinen Kulturaufgaben besitzenden Volkes zurückziehen. Herr von Koscielski hat es verstanden, eine solche Politik in der polnischen Fraktion in Berlin zu verwirklichen. Ein großer Theil der dortigen polnischen Gesellschaft begrüßte den Schritt mit Anerkennung, zumal derselbe für die Polen praktische Ergebnisse in einem gewissen Nachlassen des Verdrussensdruckes zur Folge hatte. Die Koscielskische Politik stand jedoch in einem zu auffallenden Widerspruch zu der Tradition der früheren Politik der polnischen Fraktion in Berlin, um immer verstanden und in allen Schichten der polnischen unter preussischem Scepter lebenden Gesellschaft sofort aufgenommen zu werden. Es entstand ein Sturm gegen Herrn v. Koscielski, er wurde als ein Abtrünniger, als ein Treulofer an den nationalen Idealen verurtheilt. Er büßte auch sein Abgeordnetenmandat ein. Kaiser Wilhelm, als König von Preußen, berief ihn in das Herrenhaus und gab dadurch deutlich zu verstehen, daß er sich mit der Richtung der national-polnischen Politik in Preußen einverstanden erklärt. Uebrigens ist dieselbe keine Erfindung v. Koscielskis, sondern schon früher mit gutem Erfolge von dem Geistlichen Dr. von Stablewski in der von ihm auf dem Thorn'er Katholikentage gehaltenen Rede, die ihm auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen verhalf, angewendet worden.

Jetzt wüthet ein neuer Sturm gegen Herrn v. Koscielski, jedoch nicht von polnischer, sondern von deutscher Seite. Veranlassung dazu gab die Rede, welche p. v. Koscielski gelegentlich des zu Ehren der aus dem preussischen Antheil hierhergereisten Gäste, von der Stadtgemeinde Lemberg gegebenen Festmahls gehalten hat und in welcher er deutlich und unumwunden die Solidarität des ganzen polnischen Volkes, ohne Rücksicht auf die seinen Organismus theilenden politischen Grenzen betonte.

Die Bismarckschen Blätter fingen an, deshalb Alarm zu schlagen, bezeichneten es als ein Staatsverbrechen, ja sogar Fürst Bismarck selbst paraphrasirte in seiner ersten, an die Posener Ansiedler ge-

haltenen Rede die Lemberger Ansprache p. Koscielskis und bezeichnete sie als eine für Deutschland gefährliche Rundgebung des polnischen Irredentismus. Herr von Koscielski blieb die Antwort nicht schuldig. Sein an die Redaktion der „Neuen freien Presse“ gerichteter Brief, in welchem er verschiedene irrige Deutungen seiner Rede, welche in den polenfeindlichen deutschen Blättern erschienen sind, berichtigt, giebt auch indirekt auf die Rede Bismarcks Antwort. In diesem Schreiben beweist er namentlich, inwieweit eine national-polnische Politik — bei Wahrung der ethnographischen und politischen Einheit der polnischen Nation — eine preussische, d. h., eine der Dynastie und dem preussischen Staate gegenüber im Kampfe um „die Civilisation, das Recht und die Ordnung“ wirklich loyale sein kann.

In der zweiten, am letzten Sonntag gehaltenen antipolnischen Rede, brachte Fürst Bismarck, mit der ihm eigenen genialen Gründlichkeit, in groben Zügen die Ansichten eines verknöcherten preussischen Junkers über die polnische Frage zum Vorschein — Ansichten, die nur die einzige Schlußfolgerung — namentlich die Lösung zulassen: Ausrotten!

„Bismarck kam auf die verschiedenen Eventualitäten einer theilweisen Wiederherstellung Polens als eines Schutzwalles gegen Rußland zu sprechen, und es hat ihm natürlich keines dieser Projekte gefallen. Da aber die nationale Politik der Polen, insofern sie polnisch ist,

niemals, also weder früher noch jetzt, einen anderen Endzweck hatte und auch niemals einen andern haben kann, als die Wiedererlangung der den Polen historisch gebührenden selbstständigen Existenz, so geziemt es den Polen, die Frage zu beantworten, wie man die Loyalität Galiziens gegenüber Oesterreich, sowie die Loyalität Stablewskis und Koscielskis gegenüber Preußen mit jener prinzipiellen Hauptbestrebung der national-polnischen Politik vereinigen könne. Es ist dies in der That eine etwas heikle Frage. Wir sind jedoch überzeugt, daß es im Interesse der Polen liegt und daß es die Würde der Nation erheischt, auf diese Frage eine **entschiedene und unzweideutige Antwort** zu geben. Denn nur eine solche Antwort vermag unsere Gegner zum Stillschweigen zu bringen, die wider uns den Vorwurf erheben, daß die Politik der polnischen Parlamentsvertreter in Wien und Berlin nicht aufrichtig sei. Sie ist aber ganz und gar aufrichtig und sie enthält keine Spur von Falschheit oder Lüge. Indem wir treu seit dem Bestande Polens auf dem Boden der westlichen Zivilisation als historische Individualität stehen, befinden wir uns immer in dem Lager, welches für die Ideale der westlichen Zivilisation, für Recht, Ordnung und freie Fortschritt eintritt, was ja in entscheidenden Momenten unsere parlamentarischen Repräsentanten in Wien und Berlin in unzweideutiger Weise dargethan haben. Die Sache der Zivilisation und Freiheit ist unsere Sache. Wir verlieren auch nicht die Hoffnung,

es werde die Zeit kommen, daß die durch den Dreibund repräsentirte Politik es erfordern wird, der polnischen Nation zu einer selbstständigen Rolle auf ihrem althergebrachten Posten, zum Schutze der westlichen Zivilisation gegen den Anprall vom Osten wieder zu verhelfen, und deswegen halten wir treu zum Dreibunde und zu den durch den Dreibund vereinigten Mächten,

da wir bei ihnen Schutz für unsere nationale Existenz in der Ueberzeugung suchen, daß die geschichtliche Nothwendigkeit gerade diese Mächte im geeigneten Zeitpunkte und in entsprechender Weise veranlassen

werde, in der internationalen Politik die lebensfähige Kraft, welche dem polnischen Volke innewohnt und welche so lange durch kleinmüthige politische Systeme zum Schaden der Zivilisation, des Rechtes und der Ordnung niedergehalten wurde, voll und ganz auszunützen.

Das ist kurz die Aufklärung hinsichtlich dessen, woher die polnische Loyalität gegenüber Oesterreich und Preußen stammt und worauf die Garantie der Aufrichtigkeit dieser Loyalität beruht."

Aus Nr. 238 der Gazeta Narodowa
vom 25. September 1894:

Die drei Kaiser und die Polen.

Lemberg, den 24. September.

Seit langer Zeit hatten die polnischen Landestheile nicht so viel Besuch von Monarchen, wie im Laufe dieses Sommers. Alle drei Kaiser, welche Polen zu ihren Unterthanen zählen, unternahmen in diesem Jahre, — jeder von ihnen natürlich unter anderen Verhältnissen — Reisen nach den polnischen Landen. Die Vergleichung des Verlaufs dieser Besuchsreisen charakterisirt recht deutlich nicht nur das Verhältniß eines Jeden von ihnen zu seinen Unterthanen polnischer Nationalität, sondern beleuchtet auch sehr deren Charakter und Gesinnung.

In Lemberg erschien der Kaiser von Oesterreich, Franz Joseph, und die ganze Zeit seines Aufenthalts unter uns war eine ununterbrochene Rundgebung unserer aufrichtigen und herzlichen Verehrung und unauslöschlicher Dankbarkeit für die Wiedergewähr unserer seit langen Jahren in Oesterreich in den Staub getretenen nationalen Rechte. Dafür drückte auch der Kaiser in allen seinen an die Vertreter der polnischen Gesellschaft gehaltenen Ansprachen unumwunden sein unbedingtes Vertrauen zu uns aus und wiederholte beim Abschied nachdrücklich die vor Jahresfrist zu dem Statthalter in Jaroslaw gesprochenen und das Verhältniß des Kaisers zu Galizien charakterisirenden Worte: „Wir verstehen uns gegenseitig!“

Die weiteren Besuche Lembergs seitens der nächsten Verwandten der österreichischen Krone bestätigen ebenfalls das innige Verhältniß gegenseitigen Vertrauens zwischen der Habsburger Dynastie und den Polen, wie daselbe während des Aufenthalts des Kaisers unter uns so deutlich zum Vorschein kam.

Der russische Zar, welcher zu derselben Zeit in der Bialowitschaer Wildniß, in Lithauen verweilte, konnte Worte des Vertrauens zu seinen polnischen Unterthanen nicht äußern. Sicherlich versteht Niemand weniger als er seine polnischen Unterthanen. Die ihn umgebenden Berather sorgen auf jede Weise dafür, daß in dem Herzen des Zaren das Mißtrauen gegen die Polen genährt und gestärkt werde, obwohl er vielleicht nirgends sicherer ist, als gerade auf polnischem Boden, unter den Polen. In Bialowitsch und jetzt in Spala kann der Zar ruhig schlafen, ebenso wie er furchtlos mit den von Polen geführten Eisenbahnzügen reisen kann, wiewohl das offizielle systematische Mißtrauen gegen die Polen seitens der russischen Regierung Tausende von Familien polnischer Beamten und Eisenbahnbediensteten in den polnischen Landen des Lebensunterhalts beraubte.

Auch der Kaiser von Deutschland besuchte dieser Tage eine Stadt welche Jahrhunderte lang zu der polnischen Krone gehörte, nämlich das alterthümliche Thorn. In dieser Gegend hat zwar das Deutschthum seit langer Zeit tiefe Wurzeln geschlagen, doch ist das polnische Element bisher, trotz des mächtigen Uebergewichts der Deutschen, dort nicht erstorben und zeigt eine unüberwindliche Lebenskraft.

Als vor acht Tagen der unverföhnliche Gegner des polnischen Namens, der alte Bismarck in seiner an die Deutschen, aus der Provinz Posen bei ihm erschienenen Ansiedler gerichteten Ansprache das Lösungswort zu einer neuen Geze gegen die Polen in Deutschland gab, beneidete ihn vielleicht der deutsche Kaiser um den errungenen Beifall und hielt es für angebracht, sich in seiner vorgestern in Thorn gehaltenen Rede gegen die Polen mit einem bitteren Vorwurf zu wenden.

Trotz seines ganzen unleugbaren Scharfblicks und seiner geistigen Selbstständigkeit zeigte dennoch Kaiser Wilhelm II. in seiner Rede — in milderer Form den Ton Bismarcks nachahmend — daß er sich mit den Bürgern polnischer Nationalität seiner Monarchie nicht versteht. An die Loyalität brauchten die Polen gar nicht erinnert zu werden, wenn nicht der Staat ihre heiligste Nationalgeföhle verletzte. Würde der deutsche Kaiser die Eigenthümlichkeiten des polnischen Charakters besser kennen und die Gesinnungen der Polen besser verstehen, er würde sicherlich in seiner Thórner Rede lieber den älteren und in politischer Hinsicht erfahreneren Kaiser von Oesterreich, als den erbitterten und verbissenen Barziner Brumm-bären nachgeahmt haben.

Wer die Polen versteht und sich ihr Vertrauen zu erwerben weiß, den werden sie sicherlich nicht täuschen, der kann sich auf sie verlassen. Doch — man muß sie verstehen.

Aus Nr. 216 der Nowa Reforma
vom 23. September 1894:

Der „Temps“ über die Polen.

Die Lemberger Ausstellung lenkte, wie wir bereits bemerkten, die Aufmerksamkeit Europas auf uns. Nach vielen österreichischen, ungarischen, deutschen und französischen Blättern ergreift nun der Pariser „Temps“ das Wort, um in einem Leitartikel unter dem Titel: „La nation polonaise“, in Folge der Ausstellung und der letzten Ereignisse in Lemberg die Einigkeit und Untheilbarkeit der polnischen Nation festzustellen und sein Erstaunen darüber auszudrücken, daß ein getheiltes Volk unter schwierigen Verhältnissen in Preußen wieder aufleben, in Oesterreich eine so hervorragende Stelle einnehmen und als ein Ganzes eine so wunderbare nationale Lebenskraft behalten konnte.

Die wichtigsten Stellen dieses Artikels lauten folgendermaßen: „Nach den Lemberger Festlichkeiten und dem Besuche Kaiser Franz Josephs in Lemberg kann man auf die Polen in Galizien die Worte des Dichters anwenden: „Oesterreich in deinem Lager.“ Nach dem Empfang der Posener Deutschen bei dem ehemaligen Reichskanzler kann man beurtheilen, mit welcher Lebenskraft die Polen den strategischen, auf die Vernichtung ihrer Nationalität gerichteten Plan vereitelt und welche Stellung dieselben in Preußen und in Deutschland einzunehmen verstanden haben. In beiden Kaiserreichen ist das Ergebnis dieser Politik ersichtlich und der wiedergewonnene Einfluß zweifellos.“ Hier erinnert das Pariser Blatt an die Begrabung der Polen in Lemberg seitens der Ungarn, der Deutschen und der Vertreter des geschichtlichen tschechischen Adels und fährt also fort: „Diesem Triumphe setzte der Besuch Kaiser Franz Josephs die Krone auf, welcher in Begleitung seiner Minister nach Lemberg gekommen ist. Es war dies eine Rundgebung, welche bis zu einem gewissen Grade Galizien das Vorrecht, im österreichischen Staate einräumt. Lemberg ist thatsächlich auf einige Tage die Haupt-

stadt der Monarchie geworden, als ein sichtbares Zeichen dessen, daß die Polen in Oesterreich den Mittelpunkt aller politischen und parlamentarischen Kombinationen, sowie die Hauptstütze der neuen parlamentarischen Mehrheit und der neuen Regierung bilden.

In Preußen, welches die Ueberlieferungen des Ritterordens übernahm, feiert natürlich die polnische Nationalität, unter der eisernen Hand des centralisirten Staates, in welchem die Religion den Rassenkampf nicht mildert, sondern ihn noch verschärft, nicht solche Triumphe und wird sie auch so bald nicht feiern. Wie weit im Felde liegt jedoch die Utopie deutscher Professoren, Pastoren und der Agrararistokratie, welche die Vernichtung des katholischen Polens und an dessen Stelle die Unterbringung des deutschen Ansiedlers, als des Pioniers germanischer Zuee und Kultur anstrebt! Wie geraume Zeit ist seit Einföhrung des Primas von Polen und so vieler Vertreter des Klerus, seit Einföhrung der Ansiedelungs-Kommission zwecks Enteignung der Polen verstrichen! Welcher Bankerott der Ausrottungs-Politik! Kaiser Wilhelm beruft einen Polen zum Erzbischof von Posen ein, führt die polnische Sprache bei Ertheilung des Religionsunterrichts ein, ernimmt zum Herrenhausmitgliede den Vorsitzenden der polnischen Fraktion; in Rom sucht er den des Landes verwiesenen Kardinal Ledochowski auf, bezeigt ihm seine Aufmerksamkeit, reicht ihm die Hand und sagt: „Vergessen wir das Gewesene.“ In Preußen triumphirt die polnische Nationalität nicht, sie fühlt sich jedoch gerettet, sie athmet, lebt, verjüngt sich. Die Posener Deutschen fühlen sich sogar fast bedroht und begeben sich nach Warzin, um ihr Leid zu klagen.“

Das Verhalten Bismarcks diesen Klagen gegenüber machte auf den Verfasser des Artikels einen komischen Eindruck, denn der ehemalige Reichskanzler hört nicht auf, in seiner Seele die Polen zu hassen, er weiß sich jedoch mit denselben keinen Rath.

Zum Schluß führt der Temps die Worte v. Koscieskis an: „Polen ist, trotz der auf der Karte gezogenen Grenzen, untheilbar. Es lebt immer nur eine polnische Nation desselben Blutes und Geistes, und die einzelnen Theile dieses Organismus fühlen ihre Einigkeit, unterstützen sich und verstehen sich gegenseitig“ — und bemerkt seinerseits Folgendes: „Alle diese Thatfachen beweisen, daß diese Worte keine einfache rednerische Begeisterung, auch keinen frommen Wunsch bedeuten, sondern die Bestätigung der wahren Wirklichkeit sind. Es bleibt zu ergründen, auf Grund welcher Politik ein getheiltes Volk zur Wiedergeburt in Preußen und zur Herrschaft in Oesterreich gelangen konnte. Dies ist ein Gegenstand von großer Wichtigkeit, er läßt sich jedoch in wenigen Worten nicht abmachen.“

Aus der Ferne, aus welcher die französische Presse über unsere Verhältnisse urtheilt, nehmen mitunter manche Ereignisse unförmliche Gestalten an, daher rührt auch die Uebertreibung bei der Beurtheilung unserer politischen Errungenschaften her; mag dem jedoch sein wie ihm wolle, wichtig ist es jedenfalls, daß die öffentliche Meinung Europas einmüthig die Einigkeit, Untheilbarkeit und Lebensfähigkeit der polnischen Nation bestätigt. Unsere Errungenschaften sind bis jetzt nur gering, doch wir leben, wir vertheidigen uns bis auf den letzten Mann und, so Gott will, werden wir siegen!

Aus Nr. 243 der Gazeta Narodowa
vom 30. September 1894:

Die Thorner Rede des Kaiser Wilhelms und die Freude der Nowoje Wremja.

Der authentische Text der Thorner Rede Kaiser Wilhelms ist, obgleich seitdem sie gehalten wurde bereits eine Woche vergangen ist, von den amtlichen deutschen Blättern noch nicht gebracht worden. Aus Anlaß dessen schreiben die Bismarckschen Hamburger Nachrichten: Unserer Ansicht nach ist es unerläßlich, daß der Reichsanzeiger sein Schweigen betreffs der vom Kaiser in Thorn gesprochenen Worte breche, sonst könnte die Meinung Platz greifen, daß die Regierung der Absichten des Monarchen passiven Widerstand entgegensetze, indem sie eine baldige Wendung in der öffentlichen Meinung erwarte.“

Während die Bismarckschen Organe sich so davor fürchten, daß der Reichsanzeiger die Rede des Kaisers verschweigen könnte und dieselbe solchermaßen ohne praktische Folgen bliebe, verfällt die russische Nowoje Wremja in einen Hoffnungsrausch, daß „die Politik des Kofettirens den Polen im Posenschen gegenüber sich dem Ende zu nähern scheine“. „Für die Polen“, — führt die Nowoje Wremja aus, „muß die Thorner Rede eine unangenehme Ueberraschung gewesen sein. Mit der diesem Stamme eigenen Eilfertigkeit hielten sich die Polen als für die Regierung unentbehrlich und ließen es sich nicht träumen, daß die Regierung wieder zu der Bismarckschen Politik systematischen Germanisirens greifen könnte.“

Der Besuch des Kaisers Franz Joseph in Lemberg hat die Hoffnungen der Polen noch mehr belebt. Der Anwesenheit des Verbündeten Wilhelm II in Lemberg während der offenen Demonstration zu Gunsten der Wiederaufrichtung Polens mußte die Polen in der Meinung bestärken, daß die Politik der Zugeständnisse, an der man in Berlin festhielt, der Ausfluß der Verständigung beider Monarchen sei. Die Täuschung währte nicht lange. Wilhelm II. gab den Polen in Thorn zu bedenken, daß sie in erster Linie preußische Unterthanen seien und das auch nicht auf einen Augenblick vergessen dürften.

„Nach der Thorner Rede steht eine entschiedene Wendung in der preußischen Politik bevor“ — sagt die Nowoje Wremja weiter — und zwar nach der Richtung hin, die Bismarck in seiner Rede an die Posener Deutschen angedeutet hat. Man kann von vornherein behaupten, daß dem Grafen Caprivi das Unbequemen an die Weisungen des Monarchen nicht schwer fallen dürfte. Der gegenwärtige Kanzler ist gewöhnt, den Willen des Kaisers blind zu erfüllen, und dabei hat man keine Veranlassung, ihn besonderer Sympathien für die Polen zu verdächtigen. Der preußische Ministerpräsident Graf Eulenburg ist in einer etwas anderen Lage. Die Organe des Fürsten Bismarck haben gerade dieser Tage daran erinnert, daß Graf Eulenburg einst bereit gewesen sei, den Polen Zugeständnisse zu machen, von denen der einstige Kanzler nichts habe hören mögen, und dabei sei man überzeugt, daß Graf Eulenburg alle Zugeständnisse, welche den Polen in letzter Zeit gemacht worden seien, unterstützt habe.

Gewiß würden also binnen Kurzem Gerüchte von der Erschütterung der Stellung des Grafen Eulenburg laut werden. In jedem Falle hat die Hoffnung der Polen einen empfindlichen Stoß erhalten. Kaiser Wilhelm hat die Polen ohne Umstände zur Ordnung gerufen, indem er ihnen erklärte, daß sie stets preußisch bleiben würden und alle Träumereien von der Wiedergeburt Polens unter Berlins und Wiens Hülfe verbannen sollten.

Nach den trügerischen Erwartungen, welche die Lemberger Ausstellung hervorgerufen hat, traf die Polen eine bittere, jedoch verdiente Ernüchterung. Die Zugeständnisse, die sie in Berlin herausgeschlagen, hatten ihnen den Kopf verdreht. Sie hielten sich bereits für die Herren der parlamentarischen Lage, weil sie der Kaiser bei den Berathungen über die Militärvorlage anderen Parteien als Muster hingestellt hatte. Doch der junge Monarch machte, daß ihre trügerischen Erwartungen zerstoßen. Die Thorner Rede beweist klar, daß Kaiser Wilhelm von den Posener Polen, sowie von seinen übrigen Unterthanen verlangt, daß sie sich völlig seinem persönlichen Willen fügen.“

Die Freude der Nowoje Wremja kommt etwas vorschnell. Zum Fallenlassen des Bismarckschen Systems ist die Regierung nicht durch ihre Zuneigung zu uns, sondern durch die Nothwendigkeit, die auch heut noch vorliegt, bewogen worden. Rußland hat sich doch wohl fühlbar überzeugt, daß Vernichtungsmittel das Polenthum nicht ausrotten. Sie können das Nationalbewußtsein nur wecken und in voller Kraft erhalten!

Redigirt von Zacher, Polizeirath.

Der Königliche Polizei-Präsident von Nathusius.

